

Meine Damen und Herren, ich weise abschließend darauf hin, dass die Abstimmung über das Haushaltsgesetz nach der Abstimmung über den Bereich Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - das ist in Ihrer Vorlage die laufende Nummer 8 -, also zum Schluss der Haushaltsberatungen, erfolgt. Eine Abstimmung über die Stellenpläne erfolgt an dieser Stelle ebenfalls nicht. Diese Abstimmungen sind in die Abstimmungen über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz eingebunden.

Ich rufe jetzt den **Bereich 2** auf:

Städtebau und Wohnen

Damit ist der Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport - angesprochen.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4814 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4915 und 13/4925.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Bernd Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem Doppelhaushalt 2004/2005, mit dem Sie die Weichen für den Rest der Legislaturperiode stellen wollen, geht hervor, dass Sie auf dem Sektor des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen die letzte Chance verpasst haben, die Märkte von überflüssigen Bestimmungen zu befreien und die Fördersysteme und -instrumente zu reformieren.

Jüngstes Beispiel für die zögerliche Umsetzung des Wohnraumförderungsgesetzes des Bundes durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist der Entwurf eines Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierungen im Wohnungswesen. Aus diesem nicht nur für uns sehr enttäuschenden Entwurf geht hervor, dass Sie nach wie vor aus Gründen formaler Subventionsgerechtigkeit an der Erhebung der Ausgleichszahlung im Wohnungswesen festhalten. Rund 111.000 Wohnungen sind davon betroffen.

Mit Ihrer Position widersetzen Sie sich außerdem den fünf großen Verbänden des Wohnungs- und Immobilienwesens in Nordrhein-Westfalen, die schon im September 2002 unter Federführung des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland/Westfalen in einem gemeinsamen Positionspapier gefordert haben, das Wohnraumförderungsgesetz landesrechtlich so umzusetzen, dass man schrittweise aus der Erhebung der Ausgleichszahlung aussteigt und so

verhindert, dass in den Städten, die ohnehin unter erheblichen Einwohnerverlusten und einer Tendenz zur sozialen Entmischung leiden, stabilisierende Bevölkerungsgruppen auch zukünftig zum Wegzug animiert werden.

Für uns ist enttäuschend, dass Sie den Haushalt 2004/2005 nicht zum Anlass nehmen, von der Ausgleichszahlung Abstand zu nehmen und die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms auf eine neue Grundlage zu stellen.

Dem Haushaltsplanentwurf entnehmen wir außerdem, dass Sie sich auch weiterhin einer Evaluierung des Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen widersetzen. Unserer Einschätzung nach ist der Grundstücksfonds zu langsam, zu teuer und zu wenig effektiv, um seinem eigentlichen Auftrag gerecht zu werden, nämlich in einem revolvierenden System Grundstücke zu entwickeln, dem Markt erneut zuzuführen und von den Veräußerungserlösen Industriebrachen aufzukaufen, um diese für eine neue Entwicklung vorzubereiten. Diesem Ansinnen wird der Grundstücksfonds nicht gerecht. Das hält Sie dennoch nicht davon ab, in den Jahren 2004/2005 frische Mittel in Höhe von fast 30 Millionen € in den Grundstücksfonds zu pumpen, obwohl der Output an entwickelten Flächen und deren Abnahme auf den Märkten viel zu gering ist.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsplanberatungen unsere Forderung bekräftigt, von der Zuführung neuer Mittel in den Grundstücksfonds abzusehen und diese im Stadterneuerungsprogramm aufzustocken. Nach wie vor beobachten wir die Tendenz, dass die Landes-, Bundes- und EU-Mittel für Zwecke der Stadterneuerung in Nordrhein-Westfalen bei weitem nicht ausreichen. Das Programm ist nach wie vor achtfach überzeichnet, und in den Kommunen schlummert ein riesiges Wachstumspotential für die Bauwirtschaft, das über die Aufstockung des Stadterneuerungsprogramms um die Mittel für den Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen entsprechend angestoßen und erheblich beschleunigt werden könnte. Sie bleiben bei Ihrer Position und stärken einen Grundstücksfonds, dessen Evaluierung Sie nicht zulassen. Dadurch untermauern Sie eine Strukturpolitik für die Ballungszentren des Reviers, die heutigen Ansprüchen eigentlich nicht mehr gerecht wird.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben dann noch dem Haushaltsplanentwurf entnommen, dass wir mit unserer Aussage, die im Haushalt 2003 veranschlagten Mittel aus der Veräußerung der LEG-Anteile seien eine Luftbuchung, Recht haben. Wir haben es immer für un-

realistisch gehalten, der Landesbank die Landesanteile an der LEG zu übertragen. Die Landesbank hat uns in unserer Erwartung nicht enttäuscht und Ihnen bei der Übernahme dieser Anteile die kalte Schulter gezeigt. Nunmehr war sowohl im zuständigen Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen als auch im Haushalts- und Finanzausschuss zu erfahren, dass die Landesregierung ein Bieterverfahren vorbereitet, um die Veräußerung weiter zu betreiben.

Offensichtlich hat sich das noch nicht bis zur LEG herumgesprochen. Denn am 19. Januar war im Handelsblatt zu lesen, dass der Vorstandsvorsitzende davon nichts wusste und es auch für unwahrscheinlich hält, dass man auf diesem Wege eine Privatisierung fortsetzt. Wenn die Landesregierung aber ein solches Bieterverfahren vorbereitet, werden wir das positiv begleiten, wobei für uns nach wie vor klar ist: Veräußerungserlöse aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes und der LEG können nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern in Betracht kommen. Eventuelle Veräußerungserlöse sind dafür bestimmt, Zukunftsinvestitionen zu finanzieren oder Schulden abzubauen.

Feststellen konnten wir auch, dass Sie an der Finanzierung der REN-Förderung, einer grünen Spielwiese, festhalten. Mit fast 10 Millionen € in den Jahren 2004 und 2005 bleibt der Mittelansatz fast unverändert. Wir halten das nicht für erforderlich, sondern sind der Auffassung, dass man diese Mittel im maroden Haushalt umschichten kann.

Schließlich haben wir es hier mit einer Vielfachförderung zu tun: Wir haben eine Förderung von regenerativen Energien als Bundesförderung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Es gibt die Ökozulage in der Eigenheimförderung. Und wir haben die Einspeisevergütung im Gesetz über die erneuerbaren Energien. Insofern halten wir es für völlig unnötig, über die Energieagentur in Wuppertal eine weitere landesspezifische Förderung vorzunehmen, die vor dem Hintergrund der Haushaltslage des Landes nicht nötig und vertretbar ist.

Mit Spannung haben wir feststellen können, welche Einspareffekte die von Ihnen betriebene Zusammenlegung des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsplanung sowie des Instituts für Bauwesen im Haushalt mit sich bringt. Das Ganze kann man für meine Begriffe unter die Überschrift stellen: Siehe da, der Berg kreiße, und ein Mäuslein wurde geboren. - Diese Zusammenlegung, die sicherlich einen enormen administrativen Aufwand erfordert, bringt aufgrund der absehbaren Entwicklung in den Jahren 2004 und 2005 ein Einsparvolumen von sage und schreibe acht

Planstellen. Das ist ein enormer Rationalisierungserfolg der Landesregierung, der sicherlich noch einmal in einer Hochglanzbroschüre gefeiert werden sollte.

Ein Landesinstitut ist sicherlich gut, wünschenswert und zu vertreten, wenn man dafür das nötige Geld hat. Dieses Geld haben wir aber nicht. Insofern bleiben wir bei unserer Forderung, die Stellen mit kw-Vermerken zu versehen, sie im Ministerium abzubauen und die Aufträge, die die Staatskanzlei und das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport an das Landesinstitut vergeben, an Hochschulen, Fachhochschulen und An-Institute zu vergeben, an denen das sicherlich mit wissenschaftlich gleicher Qualität und zur Stärkung deren finanzieller Situation erfolgen kann. Insofern ist auch vor dem Hintergrund der allgemeinen Haushaltslage das Vorgehen bei der Zusammenlegung dieses Landesinstituts weder sinnvoll noch vertretbar.

Insgesamt gesehen hat die Landesregierung mit dem Einzelplan 14 - Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport - im Doppelhaushaltsentwurf 2004/2005 gravierende Chancen verpasst, die Wohnungsmärkte auf neue Bedingungen einzurichten. Nachdem Bewegungsansätze in der SPD zu erkennen waren, hatten wir gehofft, dass es dem großen Koalitionspartner vielleicht gelingen würde, den kleinen mitzureißen, aber der kleine Partner hat mit seinem Beharrungsvermögen gesiegt, und die Betonmentalität hat sich durchgesetzt.

Des Weiteren stellen wir fest, dass Sie aufgrund des Festhaltens an alten Mechanismen und Instrumenten nicht bereit sind, durch die Umschichtung der Mittel für den Grundstücksfonds eine neue Investitionsoffensive in den Kommunen zu forcieren, was möglich wäre, wenn man die Mittel, die die Kommunen für Stadterneuerungsmaßnahmen erhalten, aufstockte.

Insgesamt ist das ein Haushalt der verpassten Chancen. Wir werden 2005 nicht an diesen Haushalt anknüpfen, sondern versuchen, durch neue Konzepte Innovationen und Fortschritte auf diesem Sektor zu erzielen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. - Für die SPD spricht jetzt Herr Hilser.

Dieter Hilser (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schulte, Sie haben jetzt eine ganze Menge für die CDU-

Fraktion festgestellt. Nur: Sie haben in den letzten Wochen und Monaten keine Anträge im Fachausschuss gestellt. Dies wäre aber das bessere Verfahren gewesen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
- Bernd Schulte [CDU]: Hätten Sie denn zugestimmt?)

Zu den Fakten: Die Haushaltsberatungen im Bereich Städtebau und Wohnen konzentrieren sich im Wesentlichen auf das Städtebauförderprogramm und das Wohnungsbauprogramm einschließlich der entsprechenden Richtlinien. In beiden Bereichen - das ist zu betonen - entsprechen die Haushaltsansätze für das Haushaltsjahr 2004/2005 im Wesentlichen dem Niveau des Haushaltsjahres 2003. Das ist insgesamt ein Erfolg für die Städtebau- und Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Bei der Städtebauförderung reden wir über ein Volumen von rund 177 Millionen € zuzüglich zu erwartender 15 Millionen € aus den Strukturhilfen der EU, die im Einzelplan des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums etatisiert sind.

Das Wohnungsbauprogramm 2004 wird ein Bewilligungsvolumen von 810 Millionen € umfassen zuzüglich weiterer investiver Maßnahmen im Gebäudebestand von nochmals 175 Millionen €. Sie sehen, es geht beim Einzelplan Städtebau und Wohnen um erhebliche Finanzmittel.

Dabei - das ist anzumerken - ist die Verwendung von Finanzmitteln üblicherweise eine wesentliche und zentrale Aufgabe des Parlaments. Leider ist dies jedoch bei den Finanzmitteln - das muss angefügt werden - für den Städte- und Wohnungsbau nur sehr begrenzt der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser faktischer Einfluss beschränkt sich auf solche parlamentarischen Initiativen, wie sie die Koalitionsfraktionen z. B. mit ihrem Antrag zum demographischen Wandel und der damit einhergehenden notwendigen Neuausrichtung der Wohnraumförderung in NRW unternommen haben. Diese Initiative der Koalitionsfraktionen wird im Wohnungsbauprogramm 2004 als neuer Fördertatbestand Berücksichtigung finden. Lieber Kollege Schulte, auch das haben Sie nicht zur Kenntnis genommen.

Für die Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen verbuchen wir insgesamt einen beträchtlichen Erfolg. Ich möchte an dieser Stelle dem Ministerium und auch dem Minister für die zügige Umsetzung des neuen Förderprogramms mit dem Schwer-

punkt "Wohnen im Alter in Nordrhein-Westfalen" ganz herzlich danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
- Zuruf von Minister Dr. Michael Vesper)

In Bezug auf die Programmgestaltung in Gänze muss festgestellt werden, dass es sich vorrangig um exekutive Maßnahmen handelt. Dem Parlament werden im Laufe des Jahres die entsprechenden Programmwürfe und Planungen vorgelegt. Das Parlament kann dies im Prinzip nur noch billigend zur Kenntnis nehmen.

Kolleginnen und Kollegen, das heißt für die SPD konkret, dass der nordrhein-westfälische Landtag nur einen sehr begrenzten Einfluss auf diese Programmgestaltung hat, und dies bei einem Fördervolumen von über 1 Milliarde € pro Jahr. Daher sage ich ganz deutlich, dass in diesem Bereich eine Stärkung der parlamentarischen Mitspracherechte erforderlich ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Der Wohnungs- und Städtebau in Nordrhein-Westfalen läuft in gut eingefahrenen Gleisen. Viel Neues ist über das Gesagte hinaus dem Programm für das Jahr 2004 auch nicht zu entnehmen. Die begrüßenswerte Ausnahme ist besonders das Bemühen um neues Wohnen und neue Wohnformen im Alter.

Um zu einem anderen Thema zu kommen: Die Förderung des Mietwohnungsbaus insbesondere bei engen Wohnungsmärkten in bestimmten Bedarfsregionen steht auch nach Aussage des Ministers im Vordergrund der Wohnungsbauprogramme. Die hierfür bereitgestellten Mittel liegen jedoch nur in etwa bei 30 % des Gesamtvolumens, und der tatsächliche Mittelabfluss in diesem Bereich ist nochmals geringer und beträgt nur 23 % des gesamten Fördervolumens. Da ist die Frage zu stellen: Warum ist dieser Förderabfluss so gering? Was hindert mögliche Investoren daran, Investitionen vorzunehmen?

Anders sieht es bei der Eigentumsförderung aus. Für sie sind etwa 70 % des Programmvolumens vorgesehen. Tatsächlich fließen jedoch über 77 % der Mittel in die Eigentumsförderung. Somit stellen sich hier ähnliche Fragen wie vorhin.

Darüber hinaus - das muss auch an dieser Stelle gesagt werden - ist zumindest die SPD der Auffassung, dass diese übermäßige und massive Eigentumsförderung nicht zwingend zum Kernbereich öffentlich geförderter Wohnungspolitik gehört.

Auch die Modernisierungsförderung und die Gründung neuer Genossenschaften im Bestand erreichen nicht annähernd die im Programm genannten Ziele. Die Modernisierungsförderung hat einen Mittelrahmen von 150 Millionen € und einen Ist-Abruf von ganzen 23 Millionen €. Die Genossenschaftsförderung wird zumindest bis heute überhaupt nicht in Anspruch genommen.

Kolleginnen und Kollegen, unter den genannten Rahmenbedingungen sehen wir von daher eine Notwendigkeit, gemeinsam über eine verstärkte Programmneuausrichtung zu diskutieren und eine tiefer gehende Evaluation der Förderprogramme zusammen mit der Landesregierung vorzunehmen.

Zum Schluss möchte ich noch eine Frage in diesem Zusammenhang stellen: Wo ist eigentlich die Opposition in dieser ganzen Debatte?

(Minister Dr. Michael Vesper: Ja, wirklich!)

Weder in der Diskussion des Fachausschusses noch in Anträgen ist vonseiten der Opposition, insbesondere vonseiten der CDU, ein eigenständiges Programm für diesen wichtigen Bereich der Landespolitik auch nur ansatzweise zu erkennen. Ich hoffe und gehe davon aus, dass Sie nicht die Gelegenheit bekommen werden, dieses unvollendete Programm in die Realität umsetzen zu können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Hilser. - Für die FDP erteile ich Herrn Brendel das Wort.

Karl Peter Brendel (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hilser hat auf die begrenzten Möglichkeiten im Rahmen dieses Haushaltsbereichs hingewiesen. Er hat darauf aufmerksam gemacht, dass es begrenzte Spielräume für das Handeln der Landespolitik gibt. In der Debatte, die dieser Diskussion vorausgegangen ist, ist auf die Begrenzungen durch die finanziellen Rahmenbedingungen ausreichend hingewiesen worden.

Wenn Herr Kollege Hilser dann am Schluss die Frage, was man denn in den Beratungen gemacht hat, in dieser polemischen Form ansprechen zu müssen meint, soll es mir recht sein. Das, was er befürchtet hat, wird er trotzdem dadurch nicht verhindern können.

(Beifall bei der FDP)

Über was reden wir beim Einzelplan 14? Es sind in der Tat nur wenige Positionen, und deswegen ist es auch mir nicht möglich, sehr viel Neues zu sagen, was von dem abweicht, was wir in der Vergangenheit gesagt haben.

Kommen wir zu den einzelnen Positionen, die überhaupt disponibel sind, also nicht zu der Neugestaltung des Landesanteils beim Wohngeld, mit dem wir als Landesparlament nichts zu tun haben. Dabei haben wir lediglich Veränderungen aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben nachzuvollziehen.

Wir haben den Grundstücksfonds, dem wir auch in den letzten Jahren gegenübergestanden haben. Der Grundstücksfonds ist von seiner Konzeption her als revolvierendes System angelegt. Eine Umsetzung ist aber aufgrund der Eigenart der bestehenden Grundsätze nicht erfolgt. Zurzeit wird dort Vermögen gehalten; es findet sich aber niemand, der es haben will.

Vor diesem Hintergrund haben wir in unterschiedlichen Formationen die Evaluierung des Mitteleinsatzes gefordert. Das ist bisher nicht geschehen. In der politischen Diskussion hatte ich bisher immer den Eindruck, dass sich auch im Bereich der Regierungsfractionen, insbesondere beim Kollegen Rommelspacher, die Auffassung durchgesetzt hat, dass der Grundstücksfonds ein Auslaufmodell ist und dass wir dafür keine frischen Mittel mehr zur Verfügung stellen sollten. Dies geschieht nun trotzdem in etwas anderer Weise, was mich persönlich überrascht.

Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir der Städtebauförderung und dem Stadterneuerungsprogramm aufgrund der erheblichen Bedeutung für die Kommunen und die Bauwirtschaft Vorrang einräumen. Deswegen haben wir in der Vergangenheit auch Bemühungen unterstützt, hier zur Umschichtung von Mitteln zu kommen, haben also der Städtebauförderung und Stadterneuerung gegenüber dem Grundstücksfonds Priorität eingeräumt. Dies wäre nach unserer Auffassung auch in diesem Haushalt der richtige Weg.

Selbstverständlich könnten wir uns hier auch größere Zahlen vorstellen. Wir wissen alle, dass die Nachfrage hinsichtlich der Städtebauförderung die Mittel, die zur Verfügung stehen, um ein Vielfaches übersteigt und dass vieles, was von den Kommunen an Mitteln nachgefragt wird, zu einem sinnvollen Einsatz führen und große Folgeinvestitionen nach sich ziehen würde, also eine gute Sache wäre. Aber, Herr Finanzminister, wir verfahren hier nicht nach dem System, als Opposition könnten wir ein Vielfaches fordern, sondern wir

beschränken uns in den Vorstellungen auf das Machbare. Wir behalten also die desolate Situation des Haushalts, die von Ihnen zu verantworten ist, im Auge und beschränken uns auf Umschichtungen in diesem Bereich. Vor diesem Hintergrund halte ich es für richtig, dass wir mehr Geld in die Städtebauförderung geben, auch wenn damit die Nachfrage nicht gedeckt werden kann.

Wir haben bereits bei den letzten Haushaltsberatungen die Auffassung vertreten, die wir nach wie vor für richtig halten, dass ein eigenes Landesinstitut zur Erforschung von Fragen in diesem Bereich sicher etwas Schönes ist. Ich erkenne auch ohne weiteres uneingeschränkt an, dass in diesem Institut gute und vernünftige Arbeit geleistet wird. Das ist alles richtig; aber in diesen schwierigen Zeiten muss man sich auch von dem einen oder anderen Schönen trennen. Auch wir sind der Auffassung, dass dies ein Bereich ist, der universitär erforscht werden kann, und dass wir damit die Möglichkeit haben, die Ergebnisse kostengünstiger zu erhalten. Wir unterstützen deshalb die Forderung der CDU, wie wir sie bereits im letzten Jahr in einem eigenen Antrag formuliert hatten.

Die REN-Förderung ist ebenfalls bereits angesprochen worden. Wir haben hier Mehrfachförderungen, wir haben Vielfachförderungen. Auch hier scheint es uns zur Steigerung der Effektivität vor dem Hintergrund eines sparsamen Mitteleinsatzes und anderweitiger wichtiger Aufgaben erforderlich, zu Haushaltskürzungen zu kommen.

Wir haben dann noch den großen Bereich der Wohnraumförderung, und es dürfte uns insbesondere auch nach der Lektüre der kürzlich vorgelegten Pestel-Studie klar sein, dass wir im Lande Nordrhein-Westfalen weiterhin Wohnungsbau brauchen. Bei der Frage, in welcher Form dies zu regeln ist, sind wir inhaltlich unterschiedlicher Auffassung. Die bisherige Form der Förderung öffentlichen Wohnraums ist nach unserer Auffassung viel zu bürokratisch und ineffektiv. Dazu haben wir schon unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben.

Die Frage der bürokratischen Ausgleichsabgabe gehört auch in diesen Zusammenhang. Hier ist weiterhin keine Bereitschaft zu erkennen, zu einer Abschaffung zu kommen. Dies hielten wir allerdings für unbedingt erforderlich.

Herr Kollege Hilser hat im Bereich der Wohnraumförderungsbestimmungen das Thema Wohnen im Alter angesprochen. Dazu habe ich bereits bei der Einbringung des Antrags gesagt: Selbstverständlich ist das eine der großen Herausforderungen

unserer Zeit. Wir reden ja nicht nur abstrakt über die demographischen Veränderungen, sondern wir müssen sie auch umsetzen. Sie haben bei der Umsetzung, wie sie bisher geschehen ist, unsere volle Unterstützung. Wenn Sie eine solche Selbstverständlichkeit dann umsetzen, weiß ich nicht, warum wir in einen solchen Begeisterungstaukel verfallen sollen, wie Sie dies wieder von uns verlangt haben.

Zum Stichwort „Blockade von Entwicklungen“ sei nur an die Diskussion über die Verlängerung und Beibehaltung von Kündigungsfristverlängerungen im Zusammenhang mit der Veräußerung von Wohnraum erinnert. Dabei besteht offensichtlich eine unterschiedliche Auffassung im Regierungslager. Ich bin der festen Überzeugung, dass in der derzeitigen Marktsituation das, was Sie fordern, für den Mieterschutz nicht erforderlich und für alles andere absolut kontraproduktiv ist. Dies ist ein Verharren in alten Strukturen. Davon sollten Sie sich lösen, wenn sie zu einer vernünftigen, modernen Wohnungspolitik kommen wollen. Wir werden diese Diskussion ganz intensiv vertiefen können, wenn wir uns am 3. März über die Privatisierung von Wohnraum und die damit zusammenhängenden Folgen unterhalten werden.

Dieser Punkt muss im Zusammenhang mit Landesgestaltungsmöglichkeiten noch angesprochen werden, auch wenn er sich nicht auf den Haushalt in der Form bezieht, dass er sich in Euro ausdrücken ließe.

Insgesamt ist der Haushalt unter Berücksichtigung der begrenzten Anzahl von Positionen, um die es hier geht, das, was er jedes Jahr war: Erneuerung, Fortschritt und ein Eingehen auf die veränderte Situation sind nicht erkennbar. Er ist Ausdruck einer katastrophalen Haushaltssituation, und er vollzieht das nach, was aufgrund der Vorgaben nur noch möglich ist. Es ist schade, dass neue Impulse insbesondere für die Bauwirtschaft und die Wohnungswirtschaft von diesem Haushalt nicht ausgehen werden. Ich muss allerdings einräumen, dass ich das von Ihnen auch nicht mehr erwartet habe.

(Lachen von Minister Dr. Michael Vesper)

- Was hätte ich denn erwarten sollen?

(Minister Dr. Michael Vesper: Nur Gutes!)

- In verschiedenen Bereichen erwarte ich von Ihnen in der Tat nur Gutes. Die Politikgestaltung gehört allerdings nicht dazu. - Schönen Dank, Herr Minister, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Brendel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Dr. Rommelspacher.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brendel, ich weiß nicht, ob wir den gleichen Haushalt gelesen haben. In einem Jahr, in dem sich in anderen Etats nahezu Katastrophen ereignen, sind wir in der Lage, fast 200 Millionen € im Bereich der Städtebauförderung an die Wirtschaft und an die Kommunen zu geben und etwas über 900 Millionen € für die Wohnungsbauförderung bereitzustellen. Das ist doch eine Leistung, Herr Brendel.

Es ist eben nicht das ewige Gleich-Gleich, sondern das Ergebnis harter Kämpfe, harter Argumente und langer Auseinandersetzungen, dass wir heute so gut dastehen, wie wir dastehen, obwohl das nicht ausreicht. Es ist überhaupt nicht selbstverständlich. Es ist eine Leistung der Landesregierung, die sehr genau im Blick hat, dass unsere Gemeinden, aber auch die Mieterinnen und Mieter im Lande Hilfe nötig haben. Das möchte ich trotz allen Gejammers, in das ich teilweise auch einstimmen werde, festhalten. Es ist eine große Leistung, dass wir in diesem Jahr 195 Millionen € für Städtebauförderung und Grundstücksfonds aufbringen werden, und im nächsten Jahr werden es präter propter vielleicht 180 Millionen € sein. Das ist

(Zuruf: Was?)

eine erhebliche, eine achtbare Summe.

Trotz alledem gebe ich den Kolleginnen und Kollegen Recht, dass mit Blick auf die Bedarfe, also das, was eigentlich nötig wäre, um unsere Städte, Ballungsräume und Gemeinden fit zu machen - darauf gehe ich gleich noch etwas intensiver ein - noch deutlich zu wenig ist. Das stellt, wenn man es sich einmal im Zeitverlauf ansieht, fast eine Halbierung des Etatansatzes in den letzten sechs Jahren dar. Das ist natürlich nicht so einfach, zumal wir mit diesem geschrumpften Etat fünf große Handlungsfelder abdecken müssen:

Wir müssen erstens unsere Ortskerne und unsere Stadtzentren stabilisieren, und zwar in einer Situation, in der sie angesichts einer nahezu ungezügelter Flächenkonkurrenz, aber auch einer beginnenden Schrumpfung der Bevölkerung unter großen Druck geraten.

Wir müssen zweitens unsere Metropolen, also die Kerne, die großen Städte, die in Nordrhein-

Westfalen international ausstrahlen, für die internationale Konkurrenz fit machen.

Wir müssen drittens den Bereich, den die Kollegen von der CDU und von der FDP so gerne beackern, nämlich die Brachen und Konversionsflächen bearbeiten. Diese tun sich inzwischen nicht nur in Städten mit Strukturwandel auf, Herr Schulte, sondern sie existieren inzwischen überall aufgrund des Wandels in der Wirtschaft. Dies müssen wir nicht nur mit den 11 Millionen € tun, die wir neu in den Bodenfonds fließen lassen, sondern auch mit Mitteln der Städtebauförderung.

Wir müssen viertens - das ist ein großes und in Zukunft deutlich wachsendes Problemfeld - die Stadtteile stabilisieren, in denen sich eine benachteiligte Bevölkerung, schlechte Infrastrukturen und schlechte Umwelt in einem hoch problematischen Prozess gegenseitig aufschaukeln.

Last not least fünftens: Wir müssen die erfolgreichen Ansätze von regionaler Kooperation, etwa in den Regionalen, fördern.

Das sind fünf große Felder, die dazu dienen, dieses Land fit zu halten und den Menschen gute Lebensbedingungen zu geben.

Wir werden deswegen unsere Kommunen nicht im Stich lassen. Das gilt auch für ein Feld, das der Städtebauminister im Sommer sehr erfolgreich aufgemacht hat: Er ist nämlich in einen kritischen Dialog mit dem Bund über die Frage eingetreten, ob Notlagen im Lande Nordrhein-Westfalen anders zu behandeln sind als Notlagen im Osten. Wir erwarten von diesem kritischen Dialog mit dem Bund im Ergebnis auch eine Stärkung der Position unseres Landes.

Wenn wir vom Umbau und der Stärkung der Städte sprechen, meine Damen, meine Herren, liebe Kollegen, geht das natürlich nicht, ohne auch auf die Wohnungsbauförderung zu blicken. Da, Herr Schulte, ist es überhaupt nicht so, dass das einfach nur „the same procedure as every year“ ist. Die Wohnungsbauförderung - das wissen Sie so gut wie ich - ist in jedem Jahr deutlich verändert worden. Gerade durch die Abfolge der Veränderungen wird deutlich, dass nordrhein-westfälische Wohnungsbauförderung immer sehr stark die Zukunftsaufgaben im Blick hat.

Wir müssen aber trotzdem zwei große Herausforderungen bearbeiten: zum einen die Zielgruppe des sozialen Wohnungsbaus. Sie besteht immerhin aus einem Drittel der Bevölkerung. Das ist keine Randgröße, die man einfach zur Seite wischen kann, Herr Schulte. Ein Drittel der Menschen im Lande ist Zielgruppe der Wohnungsbau-

förderung. Wir müssen für diese Menschen im unteren Einkommenssegment preiswerte, familien-gerechte Wohnungen an gut ausgestatteten Standorten bereitstellen. Das ist eine Daueraufgabe.

Wenn Sie, Herr Schulte, einfach so en passant den einzigen frischen Zufluss zum Wohnungs-bauvermögen - das sind die präterpropter 50 Millionen € - wegwischen, dann müssen Sie den Menschen im Land auch erklären, wie Sie künftig das untere Drittel einigermaßen angemessen versorgen können. Sie hauen sich sozusagen die Beine weg, um einen billigen PR-Gag zu starten - und sonst nichts.

Die zweite große Standardaufgabe ist die, die Bestände zu modernisieren. Da haben wir noch erheblichen Nachholbedarf. Von den Häusern und Wohnungen, mit denen wir es im Jahr 2020 zu tun haben, stehen jetzt schon 80 %. Die sind zu attraktivieren. Dafür sind Strategien zu entwickeln. Kollege Hilser hat es erwähnt. Da fließen die Mittel nicht gut. Das ist nicht befriedigend. Es ist unsere große Aufgabe, an die Bestände heranzugehen. Da wird in den nächsten Jahren noch erheblich nachgebessert werden müssen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr froh, dass es keine Entwicklung ist, wie Herr Schulte sie wollte, die nämlich das Wohnungsbauvermögen aufzehrt, sondern eine nachhaltige Finanzpolitik, wie Rot-Grün sie betreibt, die uns in den Stand setzt, insgesamt 940 Millionen € im nächsten Jahr aufbringen zu können. Damit werden wir etwa 13.000 bis 14.000 Wohnungen fördern können und hoffentlich auch in die Modernisierung einsteigen.

Unsere neuen Akzentsetzungen für 2004 und 2005, auf die ich mich vorhin schon bezog, zeigen sehr deutlich: Wir haben die Zukunft und die künftigen Herausforderungen im Blick.

Erstens. Wir stellen uns dem Altern der Gesellschaft. Das hat im Ballungsraum Ruhr schon eingesetzt, wird aber in den nächsten 20 Jahren das ganze Land flächendeckend erreichen. Das tun wir, indem wir innovative Wohnformen für alte Menschen erstmals wieder seit langen Jahren in die Förderung aufnehmen.

Wir nähern uns gleichzeitig - das ist der zweite und viel schwierigere Punkt - der Frage: Was tun wir mit den großen alten „Kästen“, den großen Altenheimen, die noch in der Landschaft herumstehen und immer schlechter nachgefragt werden? Können wir die modernisieren? Wenn ja, wie?

Das werden wir in diesem und im nächsten Jahr probeweise angehen.

Last but not least aber suchen wir auch intensiv nach Möglichkeiten für die jungen Menschen. Wir steigen erstmals im Bereich experimenteller Wohnungsbau wieder in die Förderung studentischen Wohnens ein.

Auch da haben wir einen ausgewogenen Mix. Alte und neue Herausforderungen, also welche, die sehr neu sind, und solche, die Standards sind, tauchen in unserer Wohnungsbauförderung auf.

Zur Agenda im Bereich Wohnungsbau gehört natürlich auch, auf die aktuelle Entwicklung an den Wohnungsmärkten zu reagieren. Da beobachtet Rot-Grün mit großer Sorge, dass zunehmend reine Verwertungsstrategien an den Märkten Platz greifen - Verwertungsstrategien, wie sie gerade ein größeres Wohnungsunternehmen verfolgt hat mit 27.000 Wohnungen, die an den Markt geworfen wurden und bei denen wir sicher davon ausgehen können, dass sie über kurz oder lang in der Einzelprivatisierung landen.

Das sind Themen, die die Mieter im Land bewegen. Wir werden am Samstag und Sonntag und in den nächsten Wochen auch Demonstrationen zu erwarten haben, bei denen solche ernsthaften Sorgen geäußert werden. Darauf müssen wir antworten.

(Beifall bei der SPD)

Das können wir nicht einfach mit Bürokratie wegwischen. Dem müssen wir uns stellen.

Das tun wir auch, indem wir die Kündigungssperrfristverordnung aufgreifen und novellieren. Wir tun das, indem wir - Rot-Grün jedenfalls, denn Sie scheint das ja nicht so sehr zu interessieren - in der Debatte die Frage aufwerfen, ob der Landtag denn auch Standards bei der Privatisierung setzen soll. Wir sind bereit, uns in einer Anhörung den Mieter- und den Wohnungsbauverbänden zu stellen und aus ihren Stellungnahmen unsere Schlussfolgerungen zu ziehen.

Von daher: Sowohl beim Neubau als auch bei der Modernisierung als auch bei der Wahrung der Mieterrechte steht Rot-Grün zu den Menschen hier im Land. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, tun das nicht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rommelspacher. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schulte, von der Rede, die Sie heute zum Haushalt gehalten haben, bin ich doch schwer enttäuscht. Von der CDU im Westen nichts Neues! Sie sagen jedes Jahr dasselbe. In diesem Jahr allerdings haben Sie es noch nicht einmal geschafft, im zuständigen Fachausschuss auch nur einen einzigen konkreten und konstruktiven Vorschlag zu machen. Sie haben sich nur in Polemik erschöpft. Sie haben keinen einzigen konstruktiven Beitrag geleistet.

Jedes Jahr hören wir von Ihnen dieselbe Leier. Natürlich wird die Ausgleichsabgabe angesprochen. Klar, die CDU will Sozialwohnungen für Reiche.

(Lachen bei der CDU)

Natürlich wird das ILS wiederum angesprochen.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stahl?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja, selbstverständlich.

Helmut Stahl (CDU): Danke, Herr Minister. - Meine Frage bezieht sich auf das, was Sie soeben Herrn Kollegen Schulte vorgeworfen haben. Sind Sie nicht auch enttäuscht darüber, dass dem Finanzminister heute Morgen entfallen war, dass ein Haushaltstitel existiert, der Jagdeinladungen für Gäste der Landesregierung wie auch der Ministerin vorsieht?

Das hat ja auch ein bisschen Verbindung zu Ihrem Thema, zum Städtebau.

(Heiterkeit)

Man hört ja immer neu, dass sich die Belange des Städtebaus viel stärker auch daran orientieren müssten, dass sich viel jagdliches Wild in den Städten bewegt, Kaninchen, Stockenten. Vor diesem Hintergrund könnte man ja einmal erwägen, ob und inwieweit man Jagdeinladungen der Landesregierung, die ja vorgesehen und auch haushaltsmäßig verankert sind - entgegen dem, was der Finanzminister heute Morgen sagte -, nicht viel stärker auch in städtischen Ballungsgebieten durchführen könnte.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit)

Vizepräsident Jan Söffing: Soweit die konkrete Frage des Kollegen Stahl.

(Frank Sichau [SPD]: Das war Schrott und kein Stahl!)

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Lieber Herr Stahl, gerade weil Sie hier Jagdeinladungen ansprechen: Ich wildere nicht in fremden Revieren.

(Heiterkeit)

Mir ist der Haushalt des Einzelplans 10 nicht bekannt. Ich bin aber felsenfest davon überzeugt, dass die Aussage des Finanzministers absolut korrekt war. Das sollten Sie mit ihm selber austragen. Ich bin da im Detail über Jagden usw. nicht informiert. Ich habe noch nie an einer Jagd teilgenommen. Vielleicht sollte ich einmal eine solche Jagdeinladung annehmen, wenn sie denn an mich gerichtet werden sollte.

Wir sind ja eigentlich bei einem anderen Einzelplan, lieber Herr Stahl. Ich wollte gerade auf die lange Litanei eingehen, die die CDU hier Jahr für Jahr vorträgt. Das ILS wurde zusammengelegt mit dem Landesinstitut für das Bauwesen. Das ist ein Bestandteil der Konzentration von Landesbehörden. Da werden Synergieeffekte wach, die sich nicht immer gleich in einem hohen Stellenabbau niederschlagen müssen, die aber zu einer Effektivierung der Arbeit führen und sicherlich mittel- und langfristig auch zu gravierenden Einsparungen im Haushalt.

Auch die LEG sprechen Sie jedes Jahr neu an. Ich habe bis heute aber noch nicht erfahren, was Ihre Meinung diesbezüglich ist. Wollen Sie die LEG gerne veräußern oder nicht? Ich habe den Eindruck, dass Sie immer denen nach dem Mund reden, bei denen Sie gerade sind. Äußern Sie sich doch einmal im Parlament und sagen Sie uns, was Sie konkret wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch das REN-Programm kommt immer wieder zur Sprache. Sie wollen es streichen, obwohl es sich um eine wirklich große Erfolgsgeschichte für diesen Landeshaushalt handelt. In der REN-Breitenförderung ist die Zahl der geförderten Vorhaben seit 1998 nahezu verdoppelt worden. In diesem aufstrebenden, wachsenden Wirtschaftsbereich haben wir mit Fördermitteln in Höhe von 250 Millionen € Investitionen im Umfang von etwa 1,4 Milliarden € ausgelöst. Das ist doch eine hervorragende Leistung, die übrigens auch der Wirtschaft in diesem Lande zugute kommt.

Man bemerkt es aber immer wieder: Wenn es um die Windenergie, die Solarenergie und die Träger erneuerbarer Energien geht, dann sind Sie auf

einmal nicht mehr wirtschaftsfreundlich, dann entdecken Sie plötzlich andere Kriterien für Ihre politische Arbeit. Das machen wir nicht mit; denn die Träger erneuerbarer Energien sind - wie gesagt - eine Erfolgsgeschichte für unser Land.

In diesem Zusammenhang bin ich stolz darauf, dass die Energieagentur Nordrhein-Westfalen - in Wuppertal beheimatet - am Montag dieser Woche wegen ihrer hervorragenden Leistungen einen sehr bedeutenden Preis zuerkannt bekommen hat, nämlich den Campaign for Take-Off Awards - Renewable Energy for Europe 2003, den sie von der Europäischen Kommission in Berlin erhalten hat. Daran erkennen Sie, dass diese Leistung offenbar sogar außerhalb unseres Landes, auf EU-Ebene, gesehen und anerkannt wird. Nur die Opposition in unserem eigenen Land ist nicht in der Lage, diese Leistung einfach einmal zu würdigen, die gerade auch mittelständischen Unternehmen Aufträge bringt und deswegen von uns voll und ganz unterstützt wird.

Auch der soziale Wohnungsbau in diesem Lande ist eine Erfolgsgeschichte. Der soziale Wohnungsbau hat sein Schmutzimage längst verloren. Er befindet sich auf der Lokomotive der qualitativen Entwicklung des Wohnungsbaus.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindlar?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja, aber nur, wenn sie etwas kürzer ist als die von Herrn Stahl, da meine Redezeit ansonsten durch die Befragung aufgebraucht würde.

Vizepräsident Jan Söffing: Ich bitte also um eine kurze und knappe Frage. Die Redezeit wird natürlich angehalten.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Minister, Ihr Abteilungsleiter 4, Herr Dr. Baues, erklärte der stauenden Öffentlichkeit, dass das Haus die Wasserkraft bis 500 Megawatt fördern will. Es will Altstandorte sanieren und ausbauen sowie bestehende Anlagen optimieren. Vor dem Hintergrund fand möglicherweise auch die Preisverleihung statt. Ist Ihnen klar, dass Sie, weil die Taten ausbleiben, diesen Preis nur für Worte erhalten haben? Kollegin Höhn torpediert mit ihrem Ministerium ja jeden Ausbau der Wasserkraft.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Lindlar, an dieser

Frage war ungefähr alles falsch, was falsch sein kann. Erstens befasst sich meine Abteilung 4 nicht mit den Trägern erneuerbarer Energien, sondern mit der Wohnungsbauförderung und zweitens ist Herr Baues im Ministerium des Kollegen Horstmann tätig. Mein Abteilungsleiter 4 heißt Krupinski. Sie sollten ihn eigentlich auch kennen. Vielleicht versuchen Sie es später noch einmal. Überlegen Sie sich erst einmal die Fakten und dann fragen Sie erneut nach.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zum Thema, nämlich zum sozialen Wohnungsbau zurückkommen. Wie gesagt: Auch dies ist eine Erfolgsgeschichte. In diesem und im nächsten Jahr werden wir ein sehr bemerkenswertes Programm in einem Umfang von 810 Millionen € vorlegen. Mit diesem wollen wir insgesamt 13.500 Wohnungen fördern.

Es ist vom Kollegen Hilser schon erwähnt worden, dass wir die Verbesserung des Wohnangebotes für ältere pflegebedürftige oder auch behinderte Menschen mit Betreuungsbedarf in Wohneinheiten eines neuen Typs anstreben. Im Zusammenhang mit der Förderung neuer Mietwohnungen werden wir ergänzend auch Wohn- und Gemeinschaftsräume fördern, die für das gemeinschaftliche Wohnen einer Gruppe von Pflegebedürftigen in einer stationären Pflegeeinrichtung bestimmt sind.

Diese Neuerungen zeigen, dass wir unsere Programme Jahr für Jahr dem konkreten Bedarf und der entsprechenden Weiterentwicklung anpassen. Ich glaube, auch dies ist für die Investoren eine gute Nachricht.

Meine Damen und Herren, das Mittelvolumen für die bedarfsgerechte Förderung von Mietwohnungen im Neubau, für Modernisierungsmaßnahmen der Wohnungen im Bestand, die eine immer größere Bedeutung einnehmen werden, für die Aufbereitung von Brachflächen, für den Mietwohnungsbau und für Wohnumfeldmaßnahmen, für die Förderung von Wohnkonzepten mit besonderer Betreuung und auch für die Förderung von Eigentumsmaßnahmen - wir gewähren der Zielgruppe des sozialen Wohnungsbaus bekanntlich eine zusätzliche Darlehensförderung, damit auch sie Eigentum erwerben kann - ist ausreichend.

Auch die Städtebauförderung ist eine Erfolgsgeschichte. Sie ist ein bedeutendes struktur- und wirtschaftspolitisches Instrument. Gerade in konjunkturell eher schwachen Zeiten sind verlässliche Investitionen der öffentlichen Hand ein stabilisierender Faktor für die heimische Wirtschaft. Von

daher wollen wir die Städtebauförderung - Herr Rommelspacher hat es gesagt - auf einem hohen Niveau weiterführen, wobei zugegeben werden muss, dass dieses Niveau, wenn man es mit den Zahlen von vor fünf, zehn oder 15 Jahren vergleicht, natürlich deutlich gesunken ist.

Der Multiplikator eines Euro, den wir in der Städtebauförderung einsetzen, beträgt acht. Das heißt, unser Programmvolumen 2004 löst ein investives Gesamtvolumen von rund 1,4 Milliarden € aus. Dadurch kommt es zu ganz konkreten Arbeitseffekten in unserem Land. Deswegen werden wir diese Maßnahmen weiterführen.

Unsere Handlungsschwerpunkte sind die nachhaltige Stärkung von Innenstädten und Ortsteilzentren einschließlich des städtebaulichen Denkmalschutzes und die Umsetzung der Projekte des Stadtumbaus. Ganz wichtig und immer wichtiger werdend ist auch die Wiedernutzung von Brach- und Konversionsflächen für Gewerbe, Wohnen und Freizeit. Zu nennen sind auch die Stabilisierung und Stärkung der sozialen und ökonomischen Lage in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dieses Programm wird mittlerweile übrigens bundesweit gerühmt und hat zu dem Bundesprogramm "Soziale Stadt" geführt.

Schließlich ist die Unterstützung regionaler Entwicklungen im Ruhrgebiet und die Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit, insbesondere der REGIONALEN in anderen Landesteilen zu nennen. Dafür steht ein auskömmlicher Finanzrahmen zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Grundstücksfonds ist Teil dieser Erfolgsgeschichte. Meine Damen und Herren von der FDP, reden Sie diese Instrumente bitte nicht immer herunter! Ohne den Grundstücksfonds hätten wir viele Gebiete gerade in der strukturschwachen Region des Ruhrgebietes nicht entwickeln können. Deswegen ist der Grundstücksfonds als eines der wirksamsten Instrumente unserer Städtebauförderung zu sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Brachflächen-Recycling durch den Grundstücksfonds hat nach wie vor drei zentrale Anliegen. Wir wollen damit neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern. Wir wollen unsere Innenstädte und Nebenzentren stärken und vitalisieren, damit auch die Brachflächen für Zwecke des Wohnungsbaus aufwerten, und wir wollen die Inanspruchnahme von Freiraum für Siedlungszwecke als Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz eindämmen.

Im Rahmen der Strukturpolitik steht der Grundstücksfonds auch in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 vor der Aufgabe, solche wichtigen Projekte weiter voranzubringen. Dafür haben wir immerhin jeweils 26 Millionen € in den Haushalt einstellen können.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ich komme zum Schluss.

Ich bin mit diesem Haushalt sehr zufrieden. Der Finanzminister hat eben schon nach der Rede von Herrn Rommelspacher gefragt: Habe ich etwas falsch gemacht? Nein, Herr Finanzminister. Sie haben nichts falsch gemacht. Denn das sind alles Mittel, die die Investitionen im Lande fördern, die damit gerade kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen und die deswegen an der Zukunft unseres Landes mitbauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bevor ich den nächsten Bereich aufrufe, weise ich darauf hin, dass die Abstimmung über den Einzelplan 14 erst nach der Beratung über den Bereich 5 - Gemeindefinanzierungsgesetz - erfolgen wird, also erst nach 14 Uhr.

Wir kommen zum **Bereich 3:**

Kultur

Angesprochen ist der Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport.

Ich weise erneut auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4814 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4915 und 13/4925 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Blömer das Wort.

Richard Blömer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Vorlage des zweijährigen Kulturhaushaltes hat sich, um die Kulturpolitische Gesellschaft e. V. zu zitieren, NRW endgültig von der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommune für die kulturelle Grundversorgung verabschiedet.

Die strukturellen Veränderungen, die Abschiebung von Verantwortlichkeiten geben zu höchster Sorge Anlass und sind auch nicht dadurch zu kaschieren, dass Sie sich morgen früh mit den kulturpolitischen Sprechern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu einem gemeinsamen Frühstück mit Journalisten treffen, um sich feiern zu lassen.

Es ist natürlich eine tolle Leistung zunächst zu kürzen, was das Zeug hält, um sich hinterher auf die Schultern zu klopfen zu lassen, weil man angeblich das Schlimmste habe verhindern können.

Herr Minister, ich möchte Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich attestieren, dass Sie durchaus den ernstesten und auch den redlichen Willen haben, die Kultur in diesem Land voranzubringen. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass Sie sich in der Koalition und auch im Kabinett von der Sie erdrückenden sozialdemokratischen Mehrheit immer wieder beeinflussen lassen und deshalb auch gescheitert sind.

Die Kulturförderung im Land hat nunmehr unter Ihrer Verantwortung einen Tiefstand erreicht. Wenn Sie sagen, Sie seien mit einem solchen Haushalt zufrieden, dann kann ich nur sagen: Bei Ihnen ist offensichtlich ein hoher Grad an Leidenschaft vorhanden. Ich kann diese Zufriedenheit überhaupt nicht teilen.

Sie überlassen die Musikkförderung für kommunale Orchester und Musikschulen komplett den Kommunen und verabschieden sich als Land aus der Filmförderung. Die Filmförderung wandert in den Einzelplan 02 zur Filmstiftung. Damit verlieren Sie einen wichtigen Aspekt auch Ihres kulturellen Haushaltes. Während der Haushalt im Einzelplan 14 im Jahre 2003 immerhin noch rund 121 Millionen € vorsah, wird er im kommenden Jahr bei 105,3 Millionen € liegen, sämtliche Verschiebungen der Koalitionsfraktionen eingerechnet. Damit erreichen Sie die Negativmarken von 1995 und 1990, unter dem Strich 17 % weniger als 2003.

Selbstverständlich höre ich jetzt schon Ihren Hinweis, dass Sie in das Gemeindefinanzierungsgesetz immerhin 4 Millionen € mehr für Musik eingestellt haben. Einschließlich dieser 4 Millionen € kommen Sie für das nächste Jahr dann zwar auf 33,8 Millionen für Denkmalschutz, Musik, Theater und Museumsbau, aber dieser Stand wird dann, 2005, um weitere 4 Millionen € abgesenkt und erreicht mit 29,75 Millionen € einen Tiefstand seit 1993.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass Sie mit viel Placebos und entsprechender Zahlenakrobatik die kulturpolitische Niederlage Ihres Ministeriums ver-

schleiern und die kulturinteressierte Öffentlichkeit verwirren wollen, um damit den Niedergang der Landeskulturpolitik zu kaschieren. Heute müssen wir feststellen, dass die Landesregierung ihre kulturpolitische Verantwortung für die Förderung in der Fläche zunehmend den Kommunen zuweist und eine Landeskulturpolitik formt, die eigene Projekte und Einrichtungen schont, die kommunale Förderung jedoch massiv zurückfährt.

Die bewährte Zusammenarbeit von Land und Kommunen, die ohnehin den Löwenanteil kultureller Förderung erbringen, wird substanziell zerstört, die kommunale Kulturarbeit durch den Entzug von Landesmitteln in ihrer Existenz bedroht.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Grundversorgung zwar nicht spektakulär ist; sie ist aber mit den wunderbaren Kulturregionen dieses Landes verwurzelt und verbunden. Das wird von Ihnen leider zunehmend geleugnet, denn die eigentliche Kulturförderung konzentriert sich immer stärker auf landeseigene Leuchtturmprojekte, deren Auswirkungen auf die kulturelle Weiterentwicklung, auf die Regionen des Landes nach wie vor unklar sind.

Unter dieser Politik leidet auch z. B. die Theaterförderung. Ich muss nicht auf die Problematik der Landesbühnen noch einmal eingehen. Sie können das heute alles nachlesen.

Und noch eines ist klar, Herr Minister: Trotz der Nachbesserungen ziehen Sie sich aus der Fläche und aus der Breitenförderung zurück. Ihr Einsatz zur Förderung von Kindern und Jugendlichen bleibt Verbalakrobatik, wenn keine Taten folgen.

Die Bibliotheken können zusätzliche Projekte nicht mehr finanzieren. Da hilft auch der Hinweis auf das Bertelsmann-Projekt nicht. Wir begrüßen dies übrigens sehr; es erreicht aber nur wenige und eben nicht die Einrichtungen, die Geld benötigen.

Lassen Sie mich ein weiteres Problem ansprechen. Die zunehmende Reduzierung des Kulturhaushaltes hat offensichtlich keine Folgen für die Förderstrukturen, also die personelle Besetzung Ihres Hauses und die angegliederten Institutionen. Immer mehr Menschen verwalten einen immer kleineren Kulturretat.

In Ihrem Ministerium sitzen 36 Mitarbeiter, die für die Kultur im Lande zuständig sind, Anträge bearbeiten und Bewilligungsbescheide versenden. Allein das bedeutet mindestens 2 Millionen € Personalkosten für die reine Verteilung von Geld. Ich betone ausdrücklich, dass es hier eine große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gibt, deren

Arbeit wir schätzen, die aber auch darüber klagen, dass bei den reduzierten Fördermitteln kaum noch etwas zu tun bleibt.

Herr Minister, ich denke, dass eine solche Politik der Kultur in diesem Lande schadet, weil Sie sich zunehmend überflüssig machen und Ihr Haus zum Steinbruch für die Begehrlichkeiten anderer Häuser zu werden droht.

Ein eigenständiges Kulturministerium halten wir für erforderlich.

Vizepräsident Jan Söffing: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Kollege Blömer.

Richard Blömer (CDU): Ich komme zum Schluss. - Es dokumentiert auch für die Menschen die Notwendigkeit von Kulturförderung. Deshalb sollten Sie sich der Strangulierung der Sozialdemokraten erwehren und versuchen, wieder eine eigenständige Rolle zu spielen, einen eigenständigen Haushalt zu fahren und möglichst viel Geld in die Kultur zu pumpen; denn ich denke, es ist richtig, wenn Werner Lippert sagt: Auch Rasenmäher brauchen Ziele.

Sie sollten kompromisslos sein, wenn Sie Ihren Kulturhaushalt verteidigen. Das waren Sie leider nicht. Wir würden Sie gerne dabei unterstützen. Wenn Sie sich ändern - im Gegensatz zu heute -, tun wir das auch. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Blömer. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Böcker das Wort.

Manfred Böcker (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Blömer, diese Zahlenakrobatik kann ich weiß Gott nicht nachvollziehen. Sie wissen doch, wie schwierig es ist - das haben wir schon einmal versucht -, solche Zahlen im Ländervergleich zu rechnen. Das bringt uns in der Frage dieses Haushaltes auch kein Stück weiter.

Schon ein bisschen abenteuerlich finde ich Ihre Behauptung, das Land ziehe sich aus der Fläche und der Breitenförderung zurück. Gleichzeitig behaupten Sie hier, das Land belaste kommunale Einrichtungen zugunsten der eigenen Einrichtungen. Das alles stimmt so nicht.

Tatsache ist Folgendes - das muss man konzedieren und auch sagen -: Wer den dramatischen Einnahmerückgang des Landes in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt hat, musste davon

ausgehen, dass bei dem jetzt zu verabschiedenden Doppelhaushalt auch der Kulturhaushalt nicht ohne Kürzungen davonkommen wird.

Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung hat in der Kulturszene zunächst natürlich Bestürzung ausgelöst. Die Koalitionsfraktionen haben aber versucht, sich im parlamentarischen Verfahren von dem Grundsatz leiten zu lassen - deshalb habe ich eingangs auch diese an Sie gerichtete Bemerkung gemacht -, die Balance zwischen den großen Kulturereignissen und den vielen kleinen Kulturaktivitäten in unserem Land zu halten.

Dies geht nur in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen; nur gemeinsam werden wir dieses großartige Kulturland NRW auf hohem Niveau halten können. Ich will an dieser Stelle gerne erwähnen, dass hier nicht nur diese beiden Partner, sondern auch viele Private eine Rolle spielen. So bin ich für die kulturelle Hilfeleistung durch unsere Kunststiftung sehr dankbar.

Ich glaube, dass wir dieses großartige Kulturland trotz der schwierigen Haushaltslage auf diesem Niveau halten können. Insbesondere der SPD-Fraktion danke ich für das Verständnis und die Unterstützung für die Kulturarbeit auch in Zeiten knapper Kassen.

Gemeinsam mit dem Koalitionspartner ist es gelungen, viele Nachbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan zu erreichen. Ich möchte hier nicht alle Anträge im Einzelnen aufzählen, mit denen wir Verbesserungen erzielen konnten. Das Spektrum reicht von Theater über Musik und Tanz und vieles andere mehr bis hin zu den Bibliotheken.

Ich will nicht verschweigen, dass es natürlich große Finanzprobleme gab, z. B. bei den Landestheatern. Hier stelle ich aber in aller Deutlichkeit fest: Ich bin sicher, dass wir mit den jetzigen Nachbesserungen im Haushaltsplan trotz der Einspareffekte das Überleben der Landestheater gesichert haben.

(Beifall von Frank Sichau [SPD] und Ewald Groth [GRÜNE])

Und damit - da bin ich ebenfalls sicher - sind auch alle strukturellen Überlegungen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 in Bezug auf die Landestheater obsolet. Die Landestheater können weiter spielen.

(Beifall von Frank Sichau [SPD] und Ewald Groth [GRÜNE])

Die Opposition muss zur Kenntnis nehmen, dass wir eine wesentliche Verbesserung des Kultur-

haushaltes erreicht haben, während uns von Ihnen ja keine Änderungsanträge mit einer seriösen Deckung vorgelegen haben.

Ich gebe zu, dass dies kein Haushalt zum Jubeln ist. Es gibt aber auch nicht den geringsten Anlass, in eine Depression angesichts des Kulturetats zu verfallen. Ich bin sicher, dass die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen die Anstrengungen der rot-grünen Landesregierung zur Sicherung der Kultur anerkennen wird. Der von der Opposition befürchtete Kollaps wird nicht stattfinden.

Das, was Sie negativ angemerkt haben, Herr Blömer, will ich hier positiv anmerken: die Umstellung der Finanzierung der kommunalen Orchester, die jetzt aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz bedient werden. Dabei handelt es sich für mich nicht nur um eine Frage der Haushaltssystematik; vielmehr sichert dies auch vielen kommunalen Orchestern das Überleben und gibt ihnen eine größere Planungssicherheit. Jedenfalls haben mich in den letzten Wochen viele Kulturdezernenten angerufen und das in den Telefonaten bestätigt.

Wenngleich die Kultur insgesamt mehr Geld vertragen könnte, geht es bei diesem Doppelhaushalt mehr um die Absicherung vieler großer und kleiner Institutionen.

Der Doppelhaushalt 2004/2005 stellt dies sicher. Sie werden sehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition: Nordrhein-Westfalen bleibt ein Kulturland der Vielfalt mit einem breiten Angebot für seine Bürgerinnen und Bürger. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Böcker. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Capune-Kitka das Wort.

Brigitte Capune-Kitka (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsdebatten um den Haushaltsplanentwurf 2004/2005 hätten den Dramaturgiepreis für absurdes Theater verdient. Ich sehe auf der Tribüne die Vertreter der Landestheater, die in den letzten Ausschusssitzungen als Gäste teilgenommen haben und dieses Theater mitverfolgen konnten.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Wie kann man sich ernsthaft in langen Reden für eine Landeskulturpolitik einsetzen und dann für die Betroffenen dieses Theater inszenieren? Kürzungen in Höhe von 50 %, man stellt infrage, ob man vier Landestheater braucht, man fragt sich

mitten in den Haushaltsdebatten, ob man zwei Kulturinstitute, Sekretariate braucht. Herr Mortier fragt, ob wir überhaupt so viele Theater brauchen. Mitten in die Geldknappheit hinein wird eine Strukturdebatte geführt, die im Moment alle nur verunsichert und niemandem weiterhilft.

Heute Morgen habe ich eine Theaterkritik über eine Faust-Inszenierung des Detmolder Ensembles in Düren vor ausverkauftem Haus mit einem hohen Anteil an jungen Menschen, also einmal nicht der Blick in den Silberwald, gelesen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Waren Sie auch da?)

- Ich war auch da, ob Sie es glauben oder nicht.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das freut mich doch!)

- Herr Minister, ich bin ja im Gegensatz zu Ihnen nicht nur der Verfechter von Faidre, sondern ich liebe auch die Kultur vor Ort. Insbesondere ist es mir wichtig, dass junge Menschen ins Theater gehen und Theater kennen lernen, die, wenn sie sich nicht in den Landestheatern in ihren Städten Vorführungen ansehen, nie den Weg ins Theater finden würden, um sich z. B., nachdem sie ihn gelesen haben, "Faust" anzusehen, übrigens in einer modernen Aufführung, und zwar mit tosendem Beifall und solch einer Kritik.

(Beifall bei der FDP)

Ich werde es Ihnen gerne geben, damit Sie es einmal durchlesen können.

(Minister Dr. Michael Vesper: Habe ich schon gelesen!)

Die Landestheater haben erkannt, dass Kultur und Bildung sehr eng zusammenhängen. Man braucht keine Ufos, sondern man muss die Menschen abholen, und zwar dort, wo sie sind, und ihnen etwas bieten, damit sie später, wenn sie noch existiert, auch in Ihre Ruhrtriennale gehen.

Über die Kultur Ruhr GmbH haben wir ja bereits gestern ausführlich debattiert. An dieser Affäre fand ich erstaunlich, dass plötzlich im September/Oktober 2,6 Millionen € im Haushalt übrig waren. Dieses Geld, Herr Böcker, sollte man in diesem Jahr für alle Musikschulen und Institute ausgeben. Was für die Ruhrtriennale billig ist, muss für unsere Kommunen und für unsere Institute recht sein.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Geld haben Sie in Ihrer Portokasse gehabt, und das ist die Sicherheit für die Landesthe-

ater. Bevor man von Schließungen spricht, sollte man bedenken - man hat es ja jetzt gesehen -: Der Minister hat immer noch etwas.

Ich komme jetzt auf ein Thema zu sprechen, das mir sehr nahe gegangen ist. Für den Haushaltsplanentwurf ist der Minister zuständig, und wir reden von 2,6 Millionen € da und weiteren Millionen dort. Es gibt eine Haushaltsstelle, mit der das Land verdienten NRW-Künstlern und deren Witwen, die im Alter in Not geraten sind, einen Ehrensold gewährt. Hier war eine Kürzung von 138.000 € auf 50.000 € geplant. Das finde ich unsozial und menschenverachtend.

Ich habe mich gefragt, ob man jetzt still und heimlich gebetet hat, dass sich dieses Problem löst, indem diejenigen, die den Ehrensold bekommen, in Hunger sterben. Wie wollte man das denn umsetzen? Man muss sich das einmal überlegen: 138.000 € sind nämlich im Jahre 2003 auch ausgegeben worden, übrigens auch für Schriftsteller, die in diesem Land Preise bekommen haben, hier leben und jetzt im Alter in Not geraten sind. Es geht nicht um Institutionen, sondern um Menschen, die Künstler sind und die die Kultur in unserem Lande hochgehalten haben.

Ich komme jetzt noch zu einem letzten Punkt, denn alle Themen kann man in der Kürze der Zeit nicht ansprechen. Die 4 Millionen €, die jetzt im GFG für Musikschulen und Orchester festgelegt sind, sind nicht zusätzlich hineingekommen, sondern gehen aus einer Investitionspauschale hervor. Das ist Geld, das befrachtet wird und den Kommunen nicht mehr zur Verfügung steht. Natürlich freut sich der Dezernent aus Köln oder Düsseldorf, weil endlich die umliegenden Kommunen über die Schlüsselzuweisung mit für ihre Theater bezahlen. Allerdings sind diese 4 Millionen € wieder für Spielwiesen. Was haben wir also gemacht? - Es gibt nicht mehr, sondern es gibt letztendlich weniger. Diejenigen, die dafür ihren Rücken hinhalten müssen, sind die Kommunen, die in dem Haushaltssicherungskonzept stecken und immer weniger Geld für ihre kommunale Aufgabe haben.

Man darf ja eines nicht vergessen: Die Kommunen tragen die Kultur und nicht das Land. Lesen Sie sich einmal das Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses des Städte- und Gemeindetages durch, wozu wir eingeladen waren und bei der lange diskutiert worden ist. In dieser Sitzung erinnerte Herr Meier daran, dass Bildung und Kultur Schwerpunkte der Landespolitik seien. Der Landeskulturhaushalt habe seine kritische Untergrenze erreicht. Implosionen seien zu befürchten, Kulturpolitik kaum noch möglich. Ferner wurde Ihnen

ein Paradigmenwechsel vorgeworfen. Ehrlich gesagt, habe ich noch nicht verstanden, wohin der bei Ihnen gehen soll.

Wir können leider einem solchen Haushaltsplanentwurf nicht zustimmen. Wir werden trotzdem - ich habe ja reichlich Anträge gestellt - weiter mitarbeiten und hoffen, dass wir vielleicht in diesem Jahr noch etwas erreichen können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Capune-Kitka. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Goethe hat geschrieben: Die Kunst ist eine Vermittlerin des Unaussprechlichen. - Das ist ein sehr weises Wort, übrigens in den Maximen und Reflexionen nachzulesen.

Vieles von dem, was jetzt hier vorgetragen wurde, hat genau diesen Charakter verdient: Es ist eigentlich unaussprechlich, weil wir uns derzeit in der zweiten Lesung befinden, Herr Kollege Blömer und Frau Capune-Kitka, und nicht in der Erörterung des Entwurfes, den die Regierung vorgelegt hat. Insofern beziehen sich Ihre Kritikpunkte auf Zusammenhänge - der Kollege Böcker hat darauf hingewiesen -, die wir längst - ich will nicht "repariert haben" sagen - versucht haben, ein Stück weit zu relativieren.

Wir, die wir uns für die Kultur im Lande einsetzen, sind der Meinung, dass der Gesamtansatz für die Kultur in diesem Land zu niedrig ist. Das sagen wir alle auch im Ausschuss. Dort sagen wir das jedoch für uns, hier im Plenum können wir es für alle sagen: Wir haben mit einem Anteil von 0,27 % am Gesamthaushalt aus meiner Sicht zu wenig Geld, das wir in die Kultur im Lande investieren. Es ist aber leider so, Herr Blömer, auch wenn Sie jetzt freudig zustimmen, dass wir das so ohne weiteres und unter den Bedingungen, unter denen der Haushalt erstellt wird, nicht ändern können, auch wenn wir das gerne möchten. Das heißt aber nicht, dass wir die Ideen und die Visionen, die wir haben und die für eine gute Entwicklung in unserer Gesellschaft wichtig sind, aufgeben.

Das heißt, wir haben einen gewissen Kontrast zwischen dem, was wir wollen und dem, was wir können. Das ist oft so im Leben, das wissen alle, die nicht nur politisch, sondern überhaupt tätig sind. Deshalb glaube ich, dass es jetzt nicht darauf ankommt, das Ganze in eine Kollapsituation

hineinzureden, wie Sie das versucht haben, Herr Blömer, sondern zu sagen, was erreicht wurde.

Deshalb ist es auch nicht so, dass wir uns mit Journalistinnen und Journalisten treffen, um uns feiern zu lassen. Ich weiß gar nicht, woher Sie das haben. Normalerweise feiern uns die Journalisten und Journalistinnen nicht, sondern nehmen kritisch auf, was wir sagen, und berichten manchmal auch darüber. Wir wollen viel differenzierter darstellen, als wir das hier in den paar Minuten können, was wir gemeinsam mit dem Kulturhaushalt des Landes wollen. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf ein Paket verständigt. Der Minister hat es relativ freudig zur Kenntnis genommen, weil einiges hinzugekommen ist, was er zunächst mit hat streichen müssen.

Ein Beispiel, Herr Blömer - und auch das ist offenbar an Ihnen vorüber gegangen -, ist die kulturelle Filmförderung, die gegenüber dem Entwurf der Regierung im Ansatz nicht nur erheblich erhöht worden ist - was sehr wichtig ist -, sondern ist auch nicht in den Einzelplan 02, in den Haushalt der Staatskanzlei, überführt worden und verbleibt im Kulturhaushalt. Es handelt sich, Herr Blömer, um die kulturelle Filmförderung. Diejenigen, die sich vor Ort in den Netzwerken und in den Filmwerkstätten dafür einsetzen, wissen das schon und haben es durch relativ freundliche Reaktionen zum Ausdruck gebracht.

Wir haben die Fördermittel für die Kultursekretariate wieder ein wenig anheben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben bei den Landestheatern - nicht zu unserer Zufriedenheit - etwas draufsatteln können. Die Strukturfragen, über die wir während der Haushaltsdebatte in die Diskussion gekommen sind, werden wir fortsetzen müssen. Sie stehen aber in den nächsten zwei Jahren - Herr Böcker hat darauf hingewiesen - nicht zur Entscheidung an.

Wir haben die Musikerziehung und die Orchesterförderung - darauf ist eingegangen worden - über die Befrachtung des GFG gesichert. Ich interpretiere das etwas anders, als Frau Kollegin Capune-Kitka es getan hat. Auf keinen Fall haben wir die Rasenmähermethode angewendet, sondern versucht, die Strukturen, die im Land Verantwortung für Kultur tragen, zu bewahren und ihnen zu vermitteln, dass sie auch in Zeiten, in denen das Geld - das gilt für viele Bereiche, die wir im Haushalt diskutieren - knapper wird, stark bleiben müssen.

Ich will noch einen Satz zum Ehrensold sagen, was Sie angesprochen haben: Auch da haben wir einen entsprechenden Antrag auf Verbesserung gestellt. Die FDP hat ihre Anträge in der letzten Kulturausschusssitzung zurückgezogen, die CDU hat gar keine Änderungsanträge gestellt. Kollege Böcker und ich haben gemeinsam mit unseren Fraktionen - denen wir übrigens sehr dankbar sind, dass sie es mitgetragen haben, weil die Fachkolleginnen und -kollegen in anderen Bereichen noch ganz andere Probleme zu schultern haben - eine Erhöhung erreicht, und wir haben insgesamt 18 Änderungsanträge erarbeitet und beschlossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir auch hier dem Haushalt werden zustimmen können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir demnächst wieder mehr für die Kultur im Land tun können als heute. Das muss das Ziel all unserer Bemühungen sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Blömer, ich habe gerade schon mit Herrn Lindlar über einen virtuellen Abteilungsleiter in meinem Hause gesprochen. Ihr müsst Euch etwas besser vorbereiten, wenn Ihr in solche Debatten geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die kulturelle Filmförderung bleibt bei uns und befindet sich nicht im Einzelplan 02. Es gibt auch eine ganze Reihe anderer Aussagen, die einfach nicht stimmen. Amüsant ist für mich auch die Vorstellung, ich würde von der SPD erdrückt. Wer mich erdrücken will, muss weit fassen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit)

Das ist ein falsches Bild, lieber Herr Blömer.

Amüsant finde ich es auch, lieber Herr Blömer, wenn mir gerade aus Köln Sparen und Leuchtturmprojekte vorgehalten werden. Das waren Ihre beiden Vorwürfe. Gerade in Köln brennen im Moment viele Sparfeuerchen, die übrigens bundesweit diskutiert werden. Was ist denn das Rautenstrauch-Joest-Museum, das Sie mithilfe des Landes bauen wollen, anderes als ein Leuchtturmpro-

jekt? Was ist denn die Kulturhauptstadt anderes als ein Leuchtturmprojekt, das Sie anstreben? Reden Sie doch nicht hier immer so und da anders; sondern sagen Sie überall und bei jedem Publikum das Gleiche.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage durch Herrn Blömer, Herr Minister?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja, aber halten Sie die Uhr an.

Vizepräsident Jan Söffing: Ja, die halten wir an.

Richard Blömer (CDU): Herr Minister, ich danke Ihnen für den Hinweis zum Rautenstrauch-Joest-Museum. Ist Ihnen bekannt, dass dieses Museum das einzige und einzigartige Völkerkundemuseum im Lande ist und deshalb eigentlich Wert wäre, vom Land allein finanziert zu werden?

(Heiterkeit)

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja, das denken die Kölner immer, das weiß ich. Das ist mir alles bekannt, lieber Herr Blömer. Ich habe nur gesagt, dass das ein Leuchtturmprojekt ist und Sie und ich dafür stehen, dass es realisiert wird. Aber dann schimpfen Sie doch nicht, dass wir hier das machen, was Sie in Köln selber anstreben.

Zu Frau Capune-Kitka: Die Vorstellung, dass es der Kultur besser gehen würde, wenn die FDP hier Regierungseinfluss bekäme, ist doch durch nichts zu belegen und absonderlich.

(Brigitte Capune-Kitka [FDP]: Warten Sie einmal ab!)

Sie sind doch überall da, wo die FDP überhaupt noch ein bisschen Einfluss hat, dabei, die Kultur abzubauen.

(Brigitte Capune-Kitka [FDP]: Anderthalb Jahre abwarten!)

Sie sind doch z. B. in Aachen die treibende Kraft, die dafür sorgt, dass das Theater kaputtgespart wird. Sie sollten nicht so tun, als wären Sie die größten Freunde der Kulturförderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zufrieden, Herr Blömer, habe ich auf den Teil Wohnungsbau, Städtebau, Bauen bezogen. Ein Kulturminister kann mit seinem Haushalt nie zufrieden sein; ich bin es natürlich auch nicht mit diesem. Aber ich sage: Wir haben das Beste daraus

gemacht. Eine positive Nachricht ist die Umstellung der Förderung der kommunalen Theater, Musikschulen und Orchester durch die Aufnahme in das Gemeindefinanzierungsgesetz. Entscheidend kommt es doch darauf an, dass mehr Geld und mehr Möglichkeiten für die Kultur vorhanden sind. Ich danke den Kommunalpolitikern der beiden Koalitionsfraktionen, die dabei mitgezogen haben.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das haben wir gern gemacht!)

Wenn Sie immer die Märchen verbreiten, wir wären in der Landeskulturförderung weit abgeschlagen, will ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen: In Bayern gibt das Land 11 % der Steuerverbundmasse an die Kommunen weiter. Wir geben 23 % an die Kommunen weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: So ist es!)

Das ist der Unterschied. Bei uns sind die Mittel für solche kommunalen Aufgaben wie die Kulturförderung enthalten. In Bayern hat der Staat natürlich mehr Geld für staatliche Einrichtungen. Das muss man berücksichtigen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, ich finde es positiv, dass sich das Land da, wo es trotz dieser Arbeitsteilung selber Träger ist, seiner Verantwortung stellt. Wenn das Land mit seinen Einrichtungen so umgegangen wäre wie manche Kommunen mit ihren Einrichtungen umgegangen sind und weiter umgehen - ich will nicht noch einmal auf das Beispiel Köln kommen, Herr Blömer -, dann wäre es wirklich schlimm. Aber das Land stellt sich als Träger seiner Verantwortung und hält diese Einrichtungen am Leben und lässt sie weiter erfolgreich arbeiten.

Meine Damen und Herren, positiv ist auch die Nachricht über die Prioritätensetzung. Wir setzen sie da, wo sich Kulturpolitik gesellschaftspolitischen Herausforderungen stellt. Dazu gehört gerade die Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit Kunst und Kultur, die Förderung ihrer eigenen Kreativität. Das zieht sich durch sämtliche Sparten. Das wird auch in den kommenden Jahren fortgesetzt. Wenn Sie, Frau Capune-Kitka, darauf abheben, junge Leute sollen ins Theater gehen, sage ich, Ja, das sollen sie. Deswegen werden wir bei den Kinder- und Jugendtheatern völlig unterproportional kürzen.

Aber ich will Ihnen einmal zu Ihrer besonderen Freundin, der Triennale, sagen, dass dort das Publikum sehr viel jünger ist als am normalen

Stadttheater, wie Erhebungen ergeben haben. Die größte Gruppe ist dort die Gruppe der 25- bis 40-Jährigen, zu der wir beide leider nicht mehr gehören. Die gehen in die Aufführungen der Triennale. Wir werben also ein solches Publikum ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Förderung der Landestheater wird künftig aus den Mitteln des Kulturretats bestritten. Ich bin sehr froh, dass es in den Koalitionsberatungen gelungen ist, gemeinsam eine Perspektive für die Landestheater zu entwickeln. Die Spielzeit 2004/2005 ist gesichert. Für die Spielzeit 2005/2006 haben wir noch Probleme; da brauchen wir noch mehr Mittel. Wir werden schauen, wie sich das machen lässt. Da müssen möglicherweise Strukturveränderungen her. Wir werden darüber mit den Beteiligten noch zu sprechen haben.

Man muss nur in die Zahlen schauen, um dies festzustellen. Ich bin sicher, dass wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen dafür sorgen werden, dass hier eine mittel- und langfristige Perspektive für die Landestheater existiert. Sie verweigern sich leider; Sie haben nicht einmal der Aufstockung der Mittel im Ausschuss zugestimmt, sondern haben sich enthalten.

Vizepräsident Jan Söffing: Die vorgegebene Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Schade, meine Damen und Herren, dass der Landtag für die Kultur nur fünf Minuten übrig hat. Deswegen kann man auf viele Punkte nicht eingehen.

(Zurufe von Brigitte Capune-Kitka [FDP] und Richard Blömer [CDU])

Das ist vielleicht so, wie die Kultur von manchen gesehen wird. In Wahrheit ist sie Lebenselixier für die Gesellschaft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Auch hier darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Abstimmung zum Einzelplan 14 erst nach unserer laufenden Nr. 5, also nach 14 Uhr, stattfinden wird.

Ich rufe **Bereich 4** auf:

Sport

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Dr. Schrapf das Wort.

Dr. Annemarie Schrapf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gerne auf diese relativ chaotischen Zustände hinweisen, unter denen wir unsere Haushaltsberatungen durchgeführt haben.

(Beifall bei der CDU)

Zu diesem Quatsch von der Arbeitsverweigerung, den Sie jetzt in jeder Rede gebetsmühlenartig bringen, sollten Sie sich doch einmal überlegen, ob Sie das weiterhin so vorbringen wollen.

Bis zum Montag hatten wir kein vernünftiges oder abschließendes Zahlenmaterial. Nach unserer eigenen Beratung am Montagvormittag für den Sportausschuss haben wir erst die zweite Ergänzung bekommen.

(Beifall bei der FDP)

In dieser zweiten Ergänzung waren Streichungen, die wir nicht mehr einarbeiten konnten. Also haben wir unsere Anträge direkt an den Haushalts- und Finanzausschuss gegeben.

(Annegret Krauskopf [SPD]: Wir auch!)

- Genau das ist es, sehr verehrte Frau Kollegin. Sie haben uns eine Posse abgeliefert. Sie haben uns Ihre Anträge zugeschickt, und diese haben Sie dann als nicht existent erklärt. Wir haben dazu sogar ein Briefchen von der Grünen-Fraktion. Diese Anträge gibt es überhaupt nicht. Die stellen wir direkt im Haushalts- und Finanzausschuss. Was soll also jetzt der Quatsch? Das ist doch auch Arbeitsverweigerung gewesen.

Ich hätte überhaupt nicht darüber gesprochen, aber dann war die Posse vollständig. Dann mussten Sie nämlich einen Haushalt beschließen, in dem die Mittel für die Übungsleiter noch auf null gestellt waren. Das heißt also: Sie haben einen Haushalt verabschiedet, in den Ihre Anträge überhaupt nicht eingearbeitet waren.

(Minister Dr. Michael Vesper: Aber entscheidend ist, was dabei herauskommt!)

- Was am Ende dabei herauskommt, ist ja auch nicht allzu viel Gescheites, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Mit solchen Aussagen wäre ich vorsichtig.

Das musste einfach mal heraus, weil Sie hier in einer unglaublichen Selbstherrlichkeit agieren. Sie berichten schon seit der Zeit von vor Weihnachten, welche Erhöhungen Sie beschließen werden. Sie hebeln das Parlament aus. Herr Groth, Sie waren schon während der Einbringungsrede des Haushaltes im Fernsehen und haben erzählt, was

Sie für tolle Anträge stellen werden. Der Haushalt war noch nicht einmal eingebracht, da standen Sie schon im Fernsehen.

Meine Damen und Herren, welches Recht hat das Parlament eigentlich noch? Was halten Sie überhaupt vom Parlament? Das ist nämlich der oberste Regent dieses Landes, nicht die Regierung.

(Ewald Groth [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Lassen Sie die Hand unten; ich gebe jetzt sowieso keine Zeit dafür.

(Heiterkeit)

Also Reden und Handeln stimmen nicht mehr überein. Wenn der Ministerpräsident eine Ehrenamtstour macht und anschließend die Übungsleiterzuschüsse gekürzt werden, dann kann ich nur noch lachen.

Es entspricht nicht der Wahrheit, Sie hätten ganz freiwillig die Übungsleiterzuschüsse wieder eingesetzt. Da war endlich mal der Sport einer Meinung und hat sich gewehrt. Dann mussten Sie reagieren, weil Sie nämlich fünf Millionen Menschen gegen sich hatten. Eine so große Zahl hat wirklich etwas bewirkt. Ich danke dem Sport dafür.

Eine Kürzung bleibt eine Kürzung, so wie eine Rose eine Rose bleibt.

(Minister Dr. Michael Vesper: Nein!)

Sie haben von 11,7 Millionen € erst auf null gekürzt und haben dann wieder etwas eingesetzt. Das ist also eine Kürzung.

(Beifall von Eckhard Uhlenberg [CDU])

7 Millionen € sind eine Kürzung, Herr Minister.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Ich wäre ja ganz still, Herr Minister. - Leider sind fünf Minuten Redezeit schrecklich wenig.

Sie haben auch den LSB düpiert, Herr Minister. Sie haben mit Zahlen operiert, die überhaupt nicht stimmen. Sie haben dem LSB im Grunde genommen die Ehre abgeschnitten. Fragen Sie ihn doch einmal danach.

Außerdem gefährden Sie das ehrenamtliche Engagement und die gewachsenen Strukturen in unseren Vereinen. Wir haben den Antrag gestellt, 9,5 Millionen wieder für die Übungsleiter einzusetzen.

Kurze Worte zur Sportpauschale. Ich muss jetzt einfach kürzen, sonst geht es nicht. Die Sportpauschale machen wir generell mit - das haben wir gesagt -, weil wir hoffen, dass Bürokratie wegfällt

und wir eine Qualitätssteigerung im Bereich der Sportstätten haben.

Wir hoffen auch auf eine zielgerichtete flexible Förderung durch die Kommunen. Vielleicht kommt es auch zu einer größeren Einflussnahme aus den Bünden. Aber wir müssen auch einmal darauf hinweisen, dass dieses Geld dem GFG entnommen wird, das heißt, dass es von einer Tasche in die andere gestopft wird. Die Kommunen werden aus den Schlüsselzuweisungen und den Investitionspauschalen natürlich weniger erhalten, weil dieses Geld zweckgebunden ist. Wir können uns in zwei Jahren einmal darüber unterhalten, wie es aussieht, ob es besser geworden ist. Wir nehmen das jetzt einfach so hin.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

- Ach, Ihre Erzählungen von "mehr" stimmen im Grunde genommen nur minimal.

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Kollegin Schraps, auch bei uns bleiben fünf Minuten fünf Minuten. Das ist hier wie mit der Rose. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Ja, das ist wie mit der Rose. Gestatten Sie mir zwei Sätze als Abschluss. Die Rose hat ja auch eine Verlängerung im Stiel. Vielleicht kann ich dann noch zwei Sätze sagen.

Ich möchte nur noch darum bitten, in Zukunft den Behindertensport nicht zu vergessen. Bei diesem ist ja auch gekürzt worden. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, den Sie leider abgelehnt haben.

Ansonsten: Ich bin trotz allem der Meinung, dass die Sportfamilie zusammenhalten soll, trotz aller Kontroversen. Ich denke, das tun wir auch. Wir können uns ja z. B. schon einmal über das Vorgehen für das Jahr 2005 einigen. Die Vereinten Nationen haben beschlossen, dieses Jahr zum Jahr der Sportes und der körperlichen Erziehung zu erwählen. Da können wir uns einmal überlegen, was wir mit diesem Haushalt und mit diesem Thema anfangen werden.

Ich wünschte, wir hätten noch fünf Minuten Zeit, um uns noch ein bisschen unterhalten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Dr. Schraps. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Meise-Laukamp das Wort.

Ina Meise-Laukamp (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Schraps, ich

bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie im letzten Satz noch einmal unsere Gemeinsamkeit, die wir ja im Sportausschuss überwiegend pflegen, hervorgehoben haben. Ich denke, dass wir nach diesen Haushaltsberatungen wieder zu einem Miteinander finden werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Übungsleiter beweisen in Qualität und Quantität in besonderem Maße ihr ehrenamtliches Engagement. Sie leisten damit einen besonderen Beitrag zur sozialen und ethnischen Integration. Übungsleiter engagieren sich darüber hinaus in der offenen Ganztagschule und helfen damit dem Anspruch, Bewegung und Spiel zu einem integrativen Bestandteil schulischen und außerschulischen Lernens zu machen.

Sport ist ein herausragendes Instrument zur gesundheitlichen Prävention. Untersuchungen haben gezeigt - das wurde uns in der letzten Sportausschusssitzung noch einmal vorgetragen -, dass die körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren durch Bewegungsmangel erheblich beeinträchtigt wurde. Dort, wo durch bauliche und verkehrliche Entwicklungen das traditionelle Spiel und die Bewegung auf der Straße unmöglich wird, bietet der organisierte Sport Alternativen an. All dies - und das nicht nur aus meiner Sicht - rechtfertigt es, den Konsolidierungsbeitrag des Sports so niedrig wie nur irgend möglich zu halten. Und das haben wir in diesem Haushalt getan.

Sehr geehrte Damen und Herren, noch nie in der Geschichte des Landes mussten in einem Aufstellungs- und Beratungsverfahren Einsparungen in dieser Größenordnung realisiert werden, leider. Deshalb freue ich mich, dass es uns gelungen ist, den Sporthaushalt weitgehend von Einsparungen zu verschonen. Nimmt man die Sportmittel im GFG hinzu, hat es sogar insgesamt einen erheblichen Zuwachs der Mittel für den Sport gegeben.

Mit der Einführung der Sportpauschale ist die Landesregierung nach dreijähriger Diskussion einer alten Forderung der SPD-Sportpolitiker gefolgt, die investiven Mittel für den Sport sowohl für den kommunalen als auch für den Vereinsbereich in einem Titel zusammenzuführen und pauschal den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist es uns gelungen, diese Mittel auf 50 Millionen € aufzustocken und einen Mindestbetrag von 40.000 € festzulegen, damit kleinere Gemeinden einen Grundstock für ihre Sportinfrastruktur erhalten. Von diesen 50 Millionen € werden wir zudem die Maßnahmen ausfinanzieren, die vom Regie-

rungspräsidenten die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erhalten haben. Ich glaube, das ist im Rahmen des Vertrauensschutzes für die Kommunen auch gerechtfertigt.

Auf die Sportmaßnahmen mit überregionaler Bedeutung wird sicherlich Herr Minister Dr. Vesper noch eingehen, weil diese Haushaltsposition - auch schon nach dem Entwurf der Landesregierung - unverändert bleibt.

Ich bin sehr stolz auf dieses Ergebnis und habe auch schon aus der kommunalen Sportpolitik erfahren, dass diese Umstellung zur Pauschalierung sehr begrüßt wird.

Der Entwurf des Sportministers und damit der Landesregierung sah vor, den Konsolidierungsbeitrag des Sports durch vollständige Streichung der Übungsleiterpauschale zu erwirtschaften. Aus den Anträgen aller Fraktionen lässt sich klar deuten, dass dieser Vorschlag vom Sport insgesamt nicht hinnehmbar war. Ich bin meiner Fraktion und dem Koalitionspartner außerordentlich dankbar, dass es uns gelungen ist, durch Umschichtungen innerhalb des Haushalts insgesamt 7 Millionen € zu erwirtschaften und für die Übungsleiterpauschale bereitzustellen.

Dabei will ich nicht verschweigen, dass es einen gewissen Charme gehabt hätte, auch diese Mittel den Kommunen pauschal zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von Dr. Frank Freimuth [SPD])

Die Zusammenführung von konsumtiven und investiven Mitteln hätte den Spielraum vor Ort bei den örtlichen Sportvereinen erhöhen können. Aber das bereitwillige Entgegenkommen des LSB - ich bin dem LSB außerordentlich dankbar, dass es im Rahmen vieler konstruktiver Gespräche gelungen ist, dieses Ergebnis zu erzielen - und das Restrisiko, dass sich die Kommunen auf die Konnexität berufen und Verwaltungskosten von der Übungsleiterpauschale abziehen, haben uns bewogen, nach dem alten Prinzip zu verfahren, dem LSB das Geld zur Verfügung zu stellen, der es ohne Abzug an den Sport vor Ort weiterreichen wird.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Noch einmal: Mein herzlicher Dank gilt dem LSB für die konstruktive Zusammenarbeit.

Jetzt wende ich mich der Opposition zu: Natürlich bedeutet das Ergebnis gegenüber dem Jahr 2003 eine Kürzung. Das haben wir nie verschwiegen, und es wäre auch unehrlich, das zu tun. Ich sage

aber in aller Deutlichkeit: Die reflexartige Vollaufstockung durch die Opposition ...

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Kollegin, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Ina Meise-Laukamp (SPD): ... wird dem Konsolidierungsauftrag, den wir als Landesgesetzgeber gegenüber dem Haushalt haben, absolut nicht gerecht. Ich bin stolz auf das, was wir in den Haushaltsberatungen errungen haben und jetzt beschließen werden. Insgesamt freue ich mich, für den Sport etwas erreichen zu können. Wir alleamt können mit diesem Ergebnis für den Sport zufrieden sein. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Meise-Laukamp. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller**)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Vesper! Doppelt abgewatscht hilft manchmal besser. Irrungen, Wirrungen, Hott und Hü, Katz-und-Maus-Spiel - nur unter diesen Rubriken kann man das zusammenfassen, was Sie seit der Einbringung des ersten Entwurfs dieser Landesregierung bis zur Abstimmung der Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss veranstaltet haben.

Frau Dr. Schraps hat es bereits erwähnt: Es war ein Possenspiel in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 12. Januar. Es lagen Anträge vor, deren Existenz Sie schlichtweg leugneten.

(Minister Dr. Michael Vesper: Ich?)

- Ihre Fraktion! Irgendwie gehören Sie ja noch dazu.

Der Referent der Grünen persönlich hatte alle Anträge zur Vorlage an die Abgeordneten weitergeleitet. Aber: Nichts Genaues weiß man nicht! Angeblich wusste niemand von diesen Anträgen. Ich darf doch annehmen, dass der Referent das in Abstimmung mit seinem Chef gemacht hat und man sich in irgendeiner Weise vielleicht mit dem größeren Koalitionspartner abgestimmt hat. Irgendwie so muss das doch gelaufen sein. Das war - wie gesagt - schon eine heftige Nummer, die Sie da veranstaltet haben.

Aber das, was wir dann später erleben mussten, hat das Ganze noch getoppt. Erst wollten Sie über

den Haushalt Ihrer eigenen Regierung gar nicht abstimmen. Als Sie es dann doch mussten, haben Sie für den ersten Entwurf der Regierung gestimmt, sämtliche Ansätze auf Null zu setzen. Das hat Frau Dr. Schraps schon angesprochen. Demnach hätte es überhaupt keine Übungsleiterpauschale mehr gegeben. Am Donnerstag zuvor noch haben Sie aber Ihren Minister vors Mikrofon geschickt und sagen lassen: Es wird weiterhin 7 Millionen € geben.

Du lieber Himmel, damit haben Sie die Ehrenamtlichen doch wirklich am Nasenring durch die Manege gezogen. Liebe Kollegen und Kolleginnen von Rot-Grün, wäre das alles nicht so traurig, könnte man von einer Schmierenkomödie sprechen. Aber das hier geht tiefer, nämlich ganz tief in die Seelen der Ehrenamtlichen hinein.

(Ina Meise-Laukamp [SPD]: Halten Sie den Sport doch nicht für so blöd!)

Ich habe es noch nie erlebt und mir eigentlich auch nicht vorstellen können, dass Ehrenamtliche und Übungsleiter, die auf die gesellschaftliche und politische Anerkennung ihres Amtes setzen und darauf angewiesen sind, so veräppelt werden wie in dieser monatelangen Hängepartie, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Annemarie Schraps [CDU])

Was ist dabei herausgekommen? - 7 Millionen €! Das sind aber immerhin noch 2,5 Millionen € weniger als im letzten Jahr und sogar 4 Millionen € weniger als im vorletzten Haushaltsjahr. Das wollen wir an dieser Stelle nicht vergessen. Wir haben es übrigens nicht vergessen und deshalb vom ersten Tag an dafür plädiert, die Übungsleiterpauschale zu erhalten, und wollten keinen Cent weniger als im letzten Haushaltsjahr dafür einsetzen. Dass wir es sehr ernst meinen, belegt unser entsprechender Änderungsantrag: Wir wollen die 9,5 Millionen € wieder haben. Wir wollen die ungeschmälerete Anerkennung für die Übungsleitertätigkeit, und wir wollen, dass keine zusätzliche Bürokratie in die Rathäuser einzieht. In dem Sinne haben Sie ja eingelenkt und zahlen die Übungsleiterpauschale Gott sei Dank wieder über den Landessportbund aus. Die Höhe aber sollten Sie wirklich korrigieren, sich unserem Antrag anschließen und zu den 9,5 Millionen € zurückkehren.

Dass Sie sich an der Stelle überhaupt bewegt haben - auch das sagte Frau Dr. Schraps bereits - haben wir alleine den Verbänden und nicht zuletzt der Opposition zu verdanken. Wir haben uns immer wieder stark dafür eingesetzt, und Sie sind uns ein bisschen gefolgt, wenngleich Sie auf zwei

Dritteln der Strecke stehen geblieben sind. Geben Sie sich noch den letzten Ruck!

Ihr Antrag zur Übungsleiterpauschale ist eine einzige Trickserie. En passant haben Sie einfach einmal den Titel von 1,2 Millionen € für das Ehrenamt je Haushaltsjahr umgewidmet in die Übungsleiterpauschale und diese auf 8,2 Millionen € für das Jahr 2004 frisiert. Aber so hoch ist sie gar nicht. Und für 2005 nehmen Sie im gleichen Atemzug wieder 600.000 € weg, weil Sie Angst vor Ihrer eigenen Courage bekommen. Der Ansatz stürzt auf 7,6 Millionen € zurück. Für das Ehrenamt gibt es dann de facto dann überhaupt nichts mehr.

Worüber reden wir denn seit Jahren? Zum Beispiel die Zertifizierung des Ehrenamtes. Bitte schön, das wäre das richtige Signal. Wir reden auch über das Europäische Jahre der Erziehung im Sport. Davon ist aber nicht viel zu spüren. Womit muss die Sportjugend leben? Kürzungen in Höhe von 23,4 %! Das sind Signale, die man nicht weiter kommentieren muss.

Eine Lügengeschichte haben Sie um die Sportpauschale aufgebaut. Pauschalierungen finden wir grundsätzlich gut. Nur muss man damit ehrlich umgehen und sie muss auskömmlich sein. Sie haben auch diesen Titel im Gemeindefinanzierungsgesetz optisch kräftig frisiert und tun nun so, als stünden für den Bau, die Erweiterung und Sanierung von Sportstätten 50 Millionen € außer der Reihe zur Verfügung. Um es klarzustellen, meine Damen und Herren: Nicht außer der Reihe. Vielmehr wurden aus dem Sporthaushalt 27 Millionen € in das Gemeindefinanzierungsgesetz umgeschichtet.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Das ist in Ordnung so, aber rund 23 Millionen € wurden aus der linken Tasche der Kommunen gezogen, um sie in die rechte Tasche zu stecken. Nun haben wir zwar 50 Millionen € zweckgebunden; wir haben aber auch 23 Millionen €, die an anderer Stelle im investiven Bereich fehlen. Wie sollen die Kommunen einsparen? Das müssen Sie schon erklären. Wir wollen die Kommunen nicht schwächen, wir wollen sie stärken und haben einen entsprechenden Antrag für den Sporthaushalt gestellt, 23 Millionen € zusätzlich für den Sportstättenbau zur Verfügung zu stellen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist beendet.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich komme zum Ende.

Damit können die Kommunen wirklich wirtschaften und müssen nicht sehen, wie sie 23 Millionen € an anderer Stelle einsparen, die ihnen - mit Zweckbindung versehen - genommen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Schrapf und Frau Pieper-von Heiden, Sie ärgern sich darüber, dass Herr Groth schon lange vor Weihnachten ankündigt, was er Ende Januar gemeinsam mit der Koalition umsetzt. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Oder wollen Sie uns ernsthaft auffordern, Ihre Arbeitsweise zu übernehmen, nämlich erst einmal gar nichts zu tun, sich so lange wie möglich überhaupt nicht zu positionieren und am Ende nur noch zu jammern?

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir haben hier eine vernünftige Grundlage für die Sportentwicklung im Land Nordrhein-Westfalen. Angesichts des nicht erreichten Ziels, die Bewerbung Deutschlands von hier aus in die ganze Welt zu tragen, hätte wohl kaum einer gedacht, dass wir diese guten Grundlagen beschließen können.

Viele haben uns während des Bewerbungsprozesses gesagt: Ihr werdet, wenn ihr den Leistungssport so fördert, den Breitensport vernachlässigen. - Als sie gemerkt haben, dass wir auch den Breitensport fördern, haben sie gesagt: Ja, aber wenn die Bewerbung nicht funktioniert, wird die Sportförderung in Nordrhein-Westfalen sowohl in der Breite als auch in der Spitze leiden. - Das Gegenteil ist der Fall in Nordrhein-Westfalen. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Das merken die Sportler in Nordrhein-Westfalen auch. Das ist doch ganz klar.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

- Nein, das ist das Jahr 1 nach der Bewerbung, und wir zeigen, wie wir das verarbeitet haben.

Die beste Breitenförderung ist und bleibt jedoch die Förderung des Sportstättenbaus. Hierfür stel-

len wir 50 Millionen € zur Verfügung. Eine Verdoppelung des Betrags haben wir nicht erreicht, aber zusammen mit den Mitteln aus dem Einzelplan 14 für die überregionalen Sportstätten und auch für die Ausfinanzierung der bereits beschiedenen Anträge haben wir quasi eine Verdreifachung der investiven Mittel erzielt. Das wird eine Investitionslawine in den Kommunen losstreuen können. Zuständig sind jetzt aber die Kommunen. Wir alle müssen darauf achten, dass das auch passiert.

Wir sollten die Pessimisten endlich überzeugt haben: Dieses Land ist das Sportland Nr. 1, und es bleibt auch das Sportland Nr. 1. Zumindest aus sportpolitischer Sicht können wir sehr zufrieden sein mit dem, was die Koalitionsfraktionen zustande gebracht haben.

Frau Pieper-von Heiden, im Übrigen sind wir Ihnen darin nicht gefolgt, denn dann wären wir nicht so weit gekommen. Das ist keine Überheblichkeit auf unserer Seite. Aber angesichts der allgemeinen Haushaltslage kann man auf jeden Fall auf dieses Ergebnis stolz sein, und Selbstzweifel sind in dieser Frage überhaupt nicht angebracht. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. "Der Sporthaushalt durchweg positiv aufgenommen" titelt der Landessportbund in seinem Pressedienst. Dem können wir gar nichts mehr hinzufügen. Oder sind das alles Grüne?

Aber nicht nur das Geld für den Sport stimmt in Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Inhalte zeigen, wie wir das weiterentwickeln.

Ein wichtiges Beispiel aus dem vergangenen Jahr ist die Initiative zur Stärkung des Schulsports und zur Neuausrichtung von Sport und Bewegung an den Schulen. Ausgehend von einer Tagung meiner Fraktion mit dem Titel "Toben macht schlau" - darauf gehen die Anträge zurück - haben wir im Schulausschuss und im Sportausschuss gemeinsam, also als Antrag aller Fraktionen, den Antrag "Schulsport - Kernbereich im Schulalltag - Sport und Bewegung an den Schulen in NRW ausbauen!" formuliert.

Die Erfolge, die wir mit diesem Antrag erzielt haben, kann man jetzt schon sehen. Konkret zu nennen ist das Projekt "Täglicher Sportunterricht", das an 25 Schulen im Land anläuft. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Ich habe nichts gehört. Hinzu kommt die Landesauszeichnung "Bewegungsfreudige Schule", die in diesem Jahr erstmals vergeben wird. Das alles haben wir - übrigens auf unsere Initiative - mit Ihnen gemeinsam auf den Weg gebracht. Das sind Erfolge, die wir den Menschen im Lande auch mitteilen sollten und auf

die wir stolz sein können. Wir können auch gemeinsam darauf stolz sein.

Oder die positiven Ansätze in dem Programm "Sport und Bewegung" - die Sie im Übrigen immer weiter bekämpfen - im offenen Ganztagsangebot unserer Grundschulen. Zu nennen sind auch die regionalen Handlungskonzepte zur Sicherung des Sportunterrichts und der Beschluss, Sport in den Jahrgangsstufen 5 und 6 konzentriert, d. h. möglichst mit drei bis vier Wochenstunden, zu unterrichten.

Wichtig scheint mir auch die stärkere Einbindung der Eltern zu sein. Wenn diese begreifen, dass - auch nach den Ergebnissen der PISA-Studie - Sport und Bewegung wichtig sind, und zwar sowohl für die Gesundheit der Kinder wie auch für die Lernerfolge insgesamt, wird die Bedeutung des Sportunterrichts und der Bewegungsangebote an unseren Schulen gesteigert werden können.

Der Schulsport bleibt auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt grüner Sportpolitik. Die Verantwortlichen auf allen Ebenen werden mit unserem nachhaltigen Einsatz rechnen müssen. Sie können darauf vertrauen, dass wir das stärken werden.

Mit der Umstellung der Sportstättenförderung auf die Sportpauschale ergeben sich neue Chancen und Perspektiven. Sanierung, Neu- und Umbau von Sportstätten können nun forciert angegangen werden. Das gilt auch für die Vereinssportstätten. Wir wollen über die Möglichkeiten, die nun dem Sport und den Kommunen eröffnet werden, auf einer Kommunalkonferenz am 8. März mit dem Landessportbund und den kommunalen Spitzenverbänden diskutieren. Das ist ein erster Schritt.

Wir müssen allerdings auch in qualitativer Hinsicht zulegen. Wir müssen zu einer qualitativen Weiterentwicklung unserer Sporteinrichtungen kommen. Wir brauchen ein flexibleres, zielgruppenorientiertes und nachfragedeckendes Angebot, das allen Menschen den Zugang zu den Sportmöglichkeiten erschließt. Wir müssen uns dabei an der Agenda 21 orientieren. Anders konzipieren, anders planen, anders bauen und betreiben - das könnte den Sport in Nordrhein-Westfalen noch einmal weiterbringen.

Eine breitere Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer, eine multifunktionale Nutzung, eine ressourcenschonende Bauweise und neue kooperative Trägermodelle sind diskussionswürdige Aspekte, denen wir in den nächsten Monaten Raum geben wollen.

Ich komme zum Schluss. Sehr beschäftigt hat uns auch diesmal wieder die Übungsleiterpauschale. Das Ergebnis - 7 Millionen € für die ehrenamtliche Arbeit der Übungsleiter in den Sportvereinen - kann sich sicherlich sehen lassen. Ohne Abzüge wird dieses Geld demnächst vom Landessportbund weitergegeben. Zielgenauer und bedarfsgerechter kann man das Geld nicht verteilen. Die Kürzung wird deshalb nicht so stark ins Gewicht fallen, wie Sie uns heute hier weismachen wollen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Groth, Ihre Redezeit ist beendet.

Ewald Groth (GRÜNE): Mein Dank gilt allen Beteiligten an diesem Erfolg, besonders dem Landessportbund, der gezeigt hat, dass er als geduldiger Riese unser wichtigster Kooperationspartner im Sport ist und bleibt.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

- Meine Damen und Herren, Frau Pieper-von Heiden, die Zeichen für den Sport in NRW sind in jeder Beziehung auf Grün gestellt.

(Manfred Palmen [CDU]: Auf Kosten der Kommunen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Groth. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Reden von Frau Pieper-von Heiden und Frau Dr. Schraps ist mir ein Wort des Altbundeskanzlers eingefallen, das da lautet: Entscheidend ist, was hinten rauskommt.

Ich weiß nicht, warum Sie die Entwicklung der letzten Monate mit dieser Akribie - Sie beklagen ja selber, dass wir nur fünf Minuten Zeit haben - nachzeichnen. Das kann doch nur bedeuten, dass Sie nichts anderes auf der Pfanne haben, um diesen Sporthaushalt zu kritisieren. Der Sporthaushalt kann sich in der Tat sehen lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN - Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wenn wir zunächst die Frage der Sportstätten nehmen, stellen Sie fest, dass wir die im Haushalt 2003 veranschlagten Mittel, insgesamt etwa

21 Millionen €, auf einen Betrag von etwa 61 Millionen € erhöhen können.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Woher haben Sie das Geld?)

- Lieber Herr Lindlar, man kann darüber debattieren, dass ein Teil aus der Investitionspauschale finanziert wird. Entscheidend für uns als Sportpolitiker ist aber, dass auf diese Art und Weise 61 Millionen € pro Jahr für die Verbesserung unserer Sportstätteninfrastruktur ausgegeben werden können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Zurufe von der CDU)

Auch die Schulpauschale kommt hinzu. 10 bis 15 % dessen, was im Rahmen der Schulpauschale an Schulbauten errichtet oder modernisiert wird, sind ebenfalls Sportstätten, die dem Schul-sport dienen. Insofern haben wir, was die Sportstätteninfrastruktur angeht, einen ganz großen Schritt gemacht.

Wichtig für mich war, dass wir die Übergangsprobleme lösen. Gemeinden, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs durch die Landesregierung im September bereits einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn genehmigt bekommen haben, sollen noch in den Genuss der erwarteten Förderung kommen - im Umfang von 12 Millionen €, die wir im Rahmen von drei Jahren abarbeiten werden.

Hinzu kommt der Titel für die herausragenden Sportstätten, die in meinem Einzelplan für solche Sportstätten veranschlagt sind, deren Finanzierung eine einzelne Kommune überfordern würde und deswegen eine zusätzliche Landesförderung braucht. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn es um ein nationales Hockeystadion in Mönchengladbach geht. Das kann man nicht der Kommune alleine auf die Agenda setzen. Da muss das Land mitwirken. Das gilt auch für ein nationales Tischtenniszentrum in Düsseldorf oder wenn es beispielsweise zu einem Leichtathletikstadion in Dortmund kommen sollte. Dafür ist dieser Titel vorhanden; er gibt uns da Möglichkeiten. Also: eine hervorragende Entwicklung.

Auch die Übungsleiterpauschale halte ich unter den gegebenen Bedingungen für außerordentlich positiv. Die Kürzungen - das hat Herr Eulerling, der Vizepräsident des Landessportbundes, bei dem Pressegespräch ausdrücklich bestätigt werden bei den Vereinen nur minimal, wenn überhaupt, ankommen, weil die 7 Millionen € bis auf den letzten Cent an die Vereine und ihre Übungsleiter ausgekehrt werden. Dies ist eine au-

ßerordentliche Kraftanstrengung, für die ich den Koalitionsfraktionen sehr dankbar bin.

Das Ergebnis ist doch, dass unsere Sportpolitik mittlerweile bundesweit gelobt wird. Ich habe kürzlich einen Artikel gelesen, in dem der Präsident des Landessportbundes Schleswig-Holstein sagt: Das muss bundesweit Schule machen, dass in Nordrhein-Westfalen für den Sport mehr als 30 Millionen € mehr ausgegeben werden als im Jahre 2003.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gestern die Ehre gehabt, die Goldene Seglernadel bei der "Boot" in Düsseldorf entgegenzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Gerhard Wirth [SPD]: Bravo!)

Da war der Vizepräsident des Deutschen Sportbundes, Uli Feldhoff, anwesend.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Guter Mann!)

Ich habe mich schon zu den nächsten Rallyes angemeldet, Herr Kollege Horstmann. Ich werde Sie dann gerne als Bootsmann mitnehmen.

(Zuruf von Minister Dr. Axel Horstmann)

- Das können wir alles.

(Hans Peter Lindlar [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Lindlar will wahrscheinlich wieder eine Frage über meinen Abteilungsleiter stellen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Lindlar, bitte schön.

Hans Peter Lindlar (CDU): Nein, Herr Minister, ich wollte zugeben, dass ich mich eben verschossen hatte. Aber ich habe das für die Debatte nachher reserviert. - Ich wollte Ihnen eine andere Frage stellen. Sie stehen hier nicht nur als Minister für Sport, sondern Sie sind auch zugleich stellvertretender Ministerpräsident dieses Landes. Wie können Sie vor diesem Amtshintergrund vertreten, dass Sie eine derart eingeschränkte sportpolitische Visite machen, ohne wirklich die Hintergründe darzustellen, dass Sie im Grunde genommen mit dem den Kommunen zustehenden Geld wuchern?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Erstens geht es hier, wenn ich die Tagesordnung richtig gelesen habe, um den Sporthaushalt, und dazu rede ich. Zum anderen ist diese Sportpauschale im Prinzip auch

von den Städten und Gemeinden begrüßt worden. Es ziehen alle im Lande mit, und Sie haben das Problem: Wie können wir uns da noch dagegen stellen? Das schaffen Sie einfach nicht; das sieht man an Ihren Argumenten.

Da ich hier als Einziger die Redezeit gerne einhalten möchte - Frau Pieper-von Heiden, weil Sie mich so freundlich darauf hinweisen -, möchte ich gerne damit schließen, dass dieser Sporthaushalt eine außerordentliche positive Nachricht für den Sport ist, und zwar für den Breitensport wie für den Spitzensport, für den Nachwuchsleistungssport wie für den Schulsport. Wir können uns mit diesem Haushalt bundesweit sehen lassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Die Abstimmung über den Einzelplan 14 wird verschoben und ist nach der Erledigung des Bereichs 5 vorgesehen.

Ich rufe **Bereich 5** auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4817.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Palmen für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Manfred Palmen (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde heute bei der Diskussion zum Gemeindefinanzierungsgesetz mit einem Märchen anfangen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das kennen wir von Ihnen!)

Die Gemeindefinanzreform ist erledigt, die Gewerbesteuerumlage ist reduziert, die Finanzausstattung der Kommunen durch das Land dadurch um 575 Millionen € verbessert, die Kommunen sind durch Hartz IV zulasten der Arbeitsverwaltung 2005 von der Zahlung von mehr als 600 Millionen € Sozialhilfe befreit und auf wunderbare Weise durch erhöhte Zuwendungen in 2004 um 948 Millionen € besser gestellt als 2003,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Heinz Wirtz [SPD]: Sie sagen ja die Wahrheit!)

20 € mehr im Monat im Portemonnaie der Bürger als Folge der vorgezogenen Steuerreform und die darauf anspringende Konjunktur, Herr Wirtz, geben gute Hoffnung für 2004. Die finanziellen Sorgen der kommunalen Familie sind endlich vorbei;